Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang | Freitag, 20. Dezember 1935 | Nr. 296

Herriot, das zweite Opfer Laval'scher Politik

Neue Lage in London, Genf und Paris

Der „Friedensplan" so gut wie erledigt
Mussolini überspannt den Bogen

Der Rücktritt Sir Samuel Hoares kam trotz der vorangegangenen heftigen Kampagne der gesamten englischen Presse gegen den verunglückten Friedensplan überraschend. Denn eben hatte Baldwin noch erklärt, er werde die Politik Hoares, die auch die seine sei, im Unterhaus verteidigen und sei sicher, daß die Nation ihm recht gebe. Man verweist in der Presse darauf, daß der Fall einzigartig dasteht, daß ein englischer Minister gewissermaßen kneift, indem er vor der Parlamentsdebatte zurücktritt, statt sich erst den Angreifern zu stellen. Nun wird der Rücktritt des englischen Außenministers vielfach als eine Folge der scharfen Angriffe hingestellt, die innerhalb des konservativen Parteiklubs gegen ihn erhoben wurden. Das dürfte stimmen, nur werden die Auseinandersetzungen im Klub der Tories sich nicht auf derselben Plattform bewegt haben, wie die Diskussion in der Oeffentlichkeit. Auch das wird stimmen, daß die Rede Mussolinis bei der Einweihung der neuen Stadt Pontinia, bei der Mussolini von dem „Egoismus und der Heuchelei" der Gegner Italiens sprach und das feite Angebot Hoares als zu gering ablehnte, den letzten Anstoß zum Sturz des britischen Ministers gegeben hat. Nur wird auch hier die Empörung der Tories weniger groß gewesen sein als ihre Angst.

Der Sturz Sir Samuels ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf die nüchterne Erwägung zurückzuführen, daß man dem drohenden Sturm im Unterhaus vorbeugen, daß man die Empörung des Hauses der Gemeinen abfangen wollte, indem man ihr ein Opfer hinwarf. Insofern wird die Rede Mussolinis mitgespielt haben, die für das englische Nationalgefühl beleidigend gewesen ist und leicht einen Sturm entfesseln konnte, dem trotz seiner Mehrheit im Parlament das Kabinett Baldwin zum Opfer gefallen wäre. So entschloß man sich zu der ungewöhnlichen Maßnahme, den Außenminister zu opfern, den man eben noch gedeckt hatte.

Hoare selbst hat im Unterhause bei seiner Verteidigungsrede nicht schlecht abgeschnitten. Die Nachrichten aus Genf und Paris, die Wahrscheinlichkeit, da der angefochtene Friedensplan ohnehin erledigt sei, hat die Stimmung im Unterhaus ebenso gebessert, wie der Rücktritt Hoares seine schärfsten Gegner besänftigt haben dürfte.

Ist Hoare, wie er auch in seiner Rede sehr deutlich zugibt, ein Opfer der zweideutigen Politik Lavals geworden, so hat diese inzwischen in Paris selbst einen weiteren Kopf gefordert. Zwischen Herriot und seiner Partei ist es zu einem Konflikt gekommen, der mit dem Rücktritt Herriots vom Präsidium endete. Im Augenblick scheint dadurch Lavals Position gestärkt, da Herriot sich für ihn opfert. Auf die Dauer aber wird Laval die Radikalen, gerade wenn sie unter neuer Führung — Chautemps und Daladier werden neben Delbos genannt — stehen und auf Herriot keine Rücksicht nehmen müssen, nicht bei der Stange halten können. Die oppositionelle Welle in der Kammer schwoll Donnerstag wieder an und man forderte allgemein die Vorverlegung der Debatte über die Außenpolitik.

In Genf fängt der bürokratische Mechanismus des Völkerbundes auch die größten Stürme auf, ehe sie sich ausloben können. So entschieden weite Kreise des Bundes den Antrag Laval-Hoare ablehnen, so wenig hitzig war der Beginn der Aussprache. Die Nachricht vom Rücktritt Sir Samuels mußte die Gemüter weiter beruhigen, denn nun hat der Vorschlag, dessentwegen er stürzte, ohnehin nur noch akademische Bedeutung.

Eine andere Frage ist es, ob die Ereignisse in London und die Ablehnung des Projektes in Genf wie auch durch beide kriegführenden Parteien zu einem verschärften Sanktionsdruck führen wird. Der Dolchstoß Lavals hat doch soweit gewirkt, daß dem Völkerbund heute der Schwung fehlt, mit dem er im November für seine Grundsätze eingetreten ist. Man will weder die Sanktionen über Nacht abbrechen, noch aber sie bald und energisch erweitern. Nur ein Kurswechsel in Frankreich könnte die Situation wirklich bessern und

Edouard Herriot

den Krieg mit einem Mißerfolg Mussolinis enden lassen.

Jedenfalls ist die Politik der sanften Sanktionen — und das hat die öffentliche Meinung Englands begriffen — gescheitert. Für alle künftigen Fälle wird der Bund beachten müssen, daß es nur scharfe Sanktionen — oder gar keine geben kann, will man sich nicht blamieren.

Und noch eine Lehre haben England und die Bundesmitglieder zur Kenntnis zu nehmen: daß man die Reaktionen eines faschistischen Regimes anders einkalkulieren muß als die einer normalen Regierung. Als alle Welt noch an ein baldiges Nachgeben Mussolinis glaubte, das der englischen Politik ohne Zweifel zuerst als Ziel vorschwebte, sagte ein sehr gründlicher Kenner des deutschen Faschismus und seiner führenden Männer: Diese Lösung ist zwar denkbar, aber sie ist nicht möglich. Sie läßt sich auf dem Papier ausklügeln, sie rechnet aber nicht mit dem Faktum, daß ein Hitler oder Mussolini nicht freiwillig zurückgehen und nicht kluge Erwägungen anstellen. Sie spielen um ihren Kopf und nur das entscheidet bei ihren Entschlüssen. Sie müssen lieber zugrundegehen als zurückweichen, koste es auch ihr Land.

Mussolinis Rede in Pontinia zeigt, daß man in London falsch rechnete, als man ihn teils durch Drohungen, teils durch Entgegenkommen zu fangen versuchte. Mussolini wird wirklich nur der Gewalt weichen, und zwar einer höchst brutalen Gewalt. Wenn England und Frankreich vor ihrer Anwendung zurückschrecken, dann wird Mussolini, sei es auch unter ungeheuren Opfern Italiens, die Partie gewinnen. Insofern bedeutet die neugeschaffene Lage wohl eine gewisse Chance für den Völkerbund, aber sie ist noch lange keine ernste Gefahr für Italien. Wenn Mussolini gebändigt werden soll, müßten vorher Laval und vielleicht das ganze Kabinett Baldwin, sicher aber der böse Geist des Foreign Office, der Unterstaatssekretär Vansittard stürzen, und der Nachfolger Hoares müßte mindestens Eden oder Duff Cooper, aber nicht Neville Chamberlain heißen.

Dramatische Verhandlungen

Genf. (Tsch. P.-B.) In Genf wurden Donnerstag vormittags die diplomatischen Beratungen über das weitere Vorgehen bei Lösung des italienisch-abessinischen Konfliktes fortgesetzt. Außerdem trat am Vormittag der Völkerbundrat in Anwesenheit sämtlicher Ratsmitglieder mit Ausnahme des italienischen Delegierten Baron Aloisi zusammen, der in Genf nicht eingetroffen ist. Die Verhandlungen des Rates über die französisch-britischen Vorschläge waren zuweilen geradezu dramatisch. Nach langer, kurz vor 14 Uhr beendeter Debatte genehmigte der Rat eine Resolution, dergemäß die französisch-britischen Vorschläge dem Dreizehnerausschuß des Rates zur näheren Prüfung überwiesen werden. Man ist der Meinung, daß dieser Ausschuß nach Eintreffen der definitiven Antworten der Regierungen Abessiniens und Italiens auf die französisch-britischen Vorschläge zusammentreten werde.

Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß das französische Kompromiß schließlich nicht angenommen werden wird, da die britische Regierung nach der Demission Hoares die Politik der integralen Verteidigung des Völkerbundpaktes aufnehmen und darauf bestehen werde, daß die Sanktionskonferenz ihre kürzlich unterbrochenen Verhandlungen fortsetze. Bisher steht nicht fest, ob über die Geltendmachung der Petroleum-, Eisen- und Kohlensanktionen bereits auf dieser Tagung des Achtzehnerausschusses entschieden werden, oder ob über diese Sanktionen erst im Jänner verhandelt werden wird.

Addis Abeba. Die abessinische Antwort auf den französisch-britischen Friedensplan enthält keine kategorische Ablehnung, gibt jedoch der Lösungsart den Vorzug, daß der Völkerbund den Plan selbst verwerfe. „Wir sind überzeugt", heißt es in dem Texte der Note, „daß weder der Völkerbundrat noch die Völkerbundversammlung außerhalb des Paktes liegende Lösungsversuche unterstützen werden, und zwar solche Verschläge, die die eigentliche Grundlage, auf der der Genfer Organismus ruht, zerstören.

Wir sind entschlossen, unser Gebiet und unsere Freiheit bis zum Letzten zu verteidigen." In dem hier veröffentlichten amtlichen Text ist kein Wort der Ablehnung enthalten.

London. (Havas.) In parlamentarischen Kreisen hat jener Passus in der Rede des italienischen Ministerpräsidenten, die er bei der Einweihung der Stadt Pontinia hielt, einen starken Eindruck hervorgerufen, wonach sich alle Kräfte des Egoismus und der Heuchelei gegen Italien vereinigt haben. In konservativen Kreisen wirkt dieser peinliche Eindruck noch stärker als das unangenehme Gefühl, das durch eine Aeußerung des Duce hervorgerufen wurde, die hier als Ablehnung des Vorschlages betreffend die Kolonisationszone in Abessinien aufgefaßt wird. An Londoner politischen Stellen war man Mittwoch der Ansicht, daß sich dadurch die Verteidigung der Friedensvorschläge, wie sie in der Parlamentsdebatte von der Regierung beabsichtigt wird, umso schwieriger gestalten werde.

Der Rücktritt Herriots

Paris. Im Vollzugsausschuß der Radikalen Partei, der Mittwoch zu einer Sitzung zusammengetreten war, entwickelte sich eine heftige Debatte, in welcher zahlreiche Mitglieder und namentlich der Deputierte Pierre Cot, die französisch-britischen Vorschläge betreffend die Regelung des italienisch-abessinischen Konfliktes sowie die Außenpolitik der Regierung kritisierten. Als ein Mitglied des Vollzugsausschusses den Staatsminister Herriot durch die Bezeichnung „Kuhhändler" (nach anderen Versionen „Roßtäuscher") welcher unausgesetzt zwischen Laval und den Radikalen verhandle, beleidigte, und trotz der Aufforderung Herriots und des Präsidiums dieses Wort nicht widerrief, legte Herriot das Präsidium des Vollzugsausschusses und den Vorsitz in der radikal-sozialistischen Partei nieder. Der ehemalige Ministerpräsident Daladier sowie auch andere Mitglieder versuchten, vergeblich auf Herriot einzuwirken, von diesem Entschlusse abzugehen. Herriot machte darauf aufmerksam, daß sich bei der letzten Abstimmung über das Vertrauensvotum der Regierung bezüglich der Außenpolitik 85 radikale Deputierte gegen die Regierung, also gegen ihn, und nur 45 für die Regierung ausgesprochen hätten. Nach Mitternacht begab sich neuerlich eine Abordnung zu Herriot und verhandelte mit ihm bis zwei Uhr. Herriot beharrte jedoch auf seiner Demission. Bisher kann nicht gesagt werden, ob er seinen Rücktritt noch zurücknehmen, oder auf ihm beharren und welche Folgen der Beschluß Herriots haben wird.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der vergessene Regenschirm

Ein großes historisches Schauspiel, der Form aber auch dem Inhalt nach, fand Mittwoch im Wladislaw-Saal der Prager Burg seinen Abschluß. Das wochenlange heiße Ringen um die Lösung der Präsidentschaftsfrage hat einen großen und würdigen Abschluß gefunden. Beifallsrauschen empfing das neue Staatsoberhaupt. Ueber die Dächer von Prag dröhnten Kanonenschüsse. Der Staatsakt im Wladislaw-Saal war abgeschlossen und nahm auf dem Burghof, wo die Armee dem neuen Präsidenten huldigte, seine Fortsetzung. Langsam strömten die Teilnehmer durch die altertümlichen Gänge ins freie, innerlich tief bewegt von dem Nachfiebern schicksalshafter Stunden. Auf der leeren Bühne aber blieb ein vergessener Regenschirm zurück. Dieser vergessene Regenschirm war die Fraktion des Herrn Konrad Henlein.

Man hat die vielgeschäftigen SdP-Mannen einfach im Winkel stehen gelassen. An ihnen bewahrheitete sich das alte Reiterlied:

Gestern noch auf stolzen Rossen . . .

Innerhalb einer bewegten innerpolitischen Woche ist die alleinseligmachende Partei Henleins hoch emporgestiegen und tief gefallen, ganz im Sinne des Bibelwortes: „Wer sich selbst erhöht, der soll erniedrigt werden". Die Präsidentenwahl bot der SdP die erste Chance, als politischer Faktor in die Entscheidungen des Staatslebens einzugreifen. Sollte das neue Staatsoberhaupt im ersten Wahlgang durchdringen, dann genügten die Stimmen der Koalitionsparteien nicht. Schon bei früheren Anlässen hatten Oppositionsparteien in solcher Stunde ein positives Votum abgegeben. Auch die deutschen Sozialdemokraten stimmten 1927 für Masaryk. Diesmal aber drohte die Koalition in zwei Lager zu zerfallen. In solcher Situation lag die Entscheidung bei der Opposition. Es wurde auch schon sehr eifrig diskutiert, welche Oppositionsgruppen für Dr. Beneš oder für seinen Gegenkandidaten stimmen werden. Für eine deutsche Partei konnte es in solcher Konstellation kein Zögern und kein Schwanken geben. Auf der einen Seite der Vermächtnisträger Masaryks, auf der anderen Seite der Vorsitzende des Nationalrates Prof. Němec — da wußte wohl der letzte Häusler im Böhmerwald Bescheid, von welcher Seite mehr Verständnis und Sinn für nationale Gerechtigkeit zu erwarten war. Die SdP machte jedoch in diesem historischen Augenblick nicht Volkspolitik, sondern engstirnige Parteipolitik.

Es hat ja nicht an Spekulanten gefehlt, die mit ihrer Haltung zur Präsidentenwahl ein kleines Parteigeschäft machen wollten. Der Henlein-Abgeordnete Köhler sah bereits am Sonntag, nach dem Wortlaut seiner Brüxer Rede zu schließen, eine Uebergangsregierung kommen und die Marxisten aus der Koalition hinausfliegen. In spätestens einem Jahre sollte die SdP — nach Köhler — „zwangsläufig" an ihr Ziel kommen, Teilhaberin einer antimarxistischen Bürgerblockregierung zu sein. Daß Köhler in gleichem Zusammenhang Dr. Beneš die größten Aussichten für die Präsidentschaft zusprach, war nur ein taktisches Manöver zur Täuschung der tschechischen Linken über die wahren Absichten der SdP-Fraktion. Wenn nämlich die Partei Henleins ernsthaft mit einem Sieg Dr. Beneš' gerechnet hätte, dann wäre sie gar nicht in die Versuchung gekommen, ihre Stellungnahme bis zur letzten Stunde hinauszuzögern.

Es genügt, ein deutschbürgerliches Zeugnis über die kläglich Rolle der Henleinjünger in den vergangenen Tagen zu zitieren. Der christlichsozialen Deutschen Presse wird darüber von wohlinformierter Seite berichtet:

„Nach dem wilden Kampf, den die SdP die vergangenen Wochen hindurch im Anschluß an das letzte Exposé des damaligen Außenministers Dr. Beneš gegen die deutsche christlichsoziale Volkspartei begonnen hatte, ist es endlich der SdP zum Bewußtsein gekommen, daß sie sich fürchterlich verrannt hat. Vor der Neuwahl des Staatspräsidenten hatte man in christlichsozialen Kreisen erwartet, daß die SdP als weitaus stärkste Partei mit allen deutschen Parteien Fühlung nehmen

werde, um eine gemeinsame Richtung der fast 100 deutschen Stimmen bei der Präsidentenwahl anzuregen. Aber die SdP hat sich zwar in Brünn bei den kürzlichen Gemeindewahlen mit den tschechischen Fascisten gefunden, die Unterhändler der SdP sind auch in eine Koalition mit Stribrny geraten, aber zu den deutschen Parteien hat sie nicht gefunden. Das war der schwerste Fehler, den die SdP begangen, ihre Bloßstellung wird sie kaum jemals wieder verwinden können. Wäre staatsmännischer Sinn bei den Führern der SdP, dann hätten sie im Bewußtsein der Verantwortung für das deutsche Volk im Staate unbedingt für Dr. Beneš stimmen müssen. Statt dessen haben sie leere Stimmzettel abgegeben und dadurch bewiesen, daß sie nicht wissen, was sie wollen, trotzdem sie lange, lange und länger als alle anderen Parteien beraten hatten, was sie tun sollten.

Viele, viele Leute in den Reihen der SdP selbst schütteln den Kopf über diese politische Kläglichkeit und empfinden diese Tatsache als überaus peinlich. Die SdP verhandelte wegen der Stimmenabgabe mit der tschechischen Agrarpartei, aber auch mit Beneš-Leuten. Dr. Beneš hat jede Verbindung mit der SdP abgelehnt. Die Agrarier bedienten sich der SdP als Schachfigur, solange die Gegenkandidatur des Prof. Němec aufrecht war, als aber Němec seine Kandidatur zurückgezogen hatte, hielt man es für überflüssig, den Verhandlungspartner SdP zu verständigen."

Am Vorabend der Wahl ergab sich in der Tat eine groteske Situation. Die Beratungen der SdP-Fraktion hatten schon vormittag begonnen. Nachmittag beriet ein Parteirat weiter, doch bis in die Abendstunden wurde kein Ergebnis bekannt. Die Männer, die so wenig vom Reden halten und der Wählerschaft tausendfach versprochen hatten zu „handeln", konnten zu keinem Entschluß kommen. Dabei verpaßten sie offenbar den jähen Wandel der Gruppierungen: das Einschwenken der slowakischen Volkspartei, den Umfall der tschechischen Gewerbepartei und der Agrarier. Die Mehrheit für Beneš war schon haushoch gesichert, aber die SdP-Leute fühlten sich noch immer als „Zünglein an der Waage", berieten ruhig weiter und meinten, das Land werde Kopf stehen vor Neugierde, was sie eigentlich beschlossen haben. Ob der Parteirat Henleins per Zufall oder erst aus der Mittwochmorgenpresse erfuhr, wieviel es inzwischen geschlagen hatte, wird ein ewiges Geheimnis bleiben. Jedenfalls berieten die Männer des „Handelns" noch am Mittwoch früh lustig weiter, doch kein Mensch war mehr neugierig, was sie auch beschließen mochten. Es ging ihnen wie dem Mädchen beim Rendez-vous: Bestellt und nicht abgeholt.

So saß dann die zahlreiche Mannschaft Konrad Henleins beim Wahlakt einsam und verlassen im Wladislaw-Saal. War es nur ein Traum, daß sie sich vor zwölf Stunden noch ungeheuer wichtig und von allen Seiten umworben fühlten? Wo waren plötzlich ihre „Verhandlungspartner" verschwunden? Begegneten sie einem der Männer, auf die sie ihre antimarxistischen Regierungshoffnungen gesetzt hatten, dann erinnerten sie vielsagende Blicke an den bekannten Vers:

Blamier mich nicht mein schönes Kind,
Und grüß mich nicht unter den Linden!

Sogar die gesinnungsverwandten Kramarž-Stribrny-Leute wählten anders. Nur einige tschechische Fascisten hatten sich mit der Henlein-Fraktion in die Wüste der Verlassenheit verirrt und warfen gleich ihnen weiße Stimmzettel in die Urnen. Zum zweiten Male nach der Abstimmung über das Exposé des Außenministers befand sich die Sudetendeutsche Partei in restloser Isolierung. Wieder ist ihr eine Spekulation vorbeigelungen. Weit und breit ist keine Möglichkeit mehr offen, welche die SdP auf kurzem Wege zur ersehnten Machtergreifung führt. Sie wird weiter das bittere Brot einer vereinsamten Oppositionspartei essen müssen. Werden sich aber die fünfviertel Million Wähler der SdP den Luxus leisten können, noch lange Jahre auf ein politisches Wunder zu warten?

Hoares Rechtfertigungsrede

(Fortsetzung von Seite 1)

London. (Reuter.) Die Sitzung des Unterhauses wurde in ungewöhnlich ernster Stimmung eröffnet. Als Baldwin das Haus betrat, blieben die Beifallskundgebungen aus. Als um 15.40 Uhr der zurückgetretene Außenminister Hoare das Haus betrat, wurde er auf der Ministerbank mit Beifall empfangen. Der Beifall wiederholte sich, als Hoare um 15.46 Uhr das Wort ergriff. Es wurden zwar einige feindliche Ausrufe auf den Bänken der Arbeiteropposition laut, doch trat sofort tiefe Ruhe ein, als Hoare zu sprechen begann.

Sir Samuel Hoare führte unter anderem aus; seit seinem Amtsantritt als Außenminister habe er die Dringlichkeit zweier großer Probleme erkannt: 1. Alles zu tun, was in seiner Macht stehe, um eine große europäische Feuersbrunst zu verhüten, und 2. nichts unversucht zu lassen, um einen isolierten Krieg zwischen Großbritannien und Italien zu verhindern. Er persönlich habe alles in seiner Macht Stehende getan, um die Weltmeinung gegen den abessinischen Krieg in der Genfer Vollversammlung zu mobilisieren. Jeder weitere Tag dieses Krieges habe größere und gefährlichere Probleme heraufbeschworen. Es seien Schwierigkeiten im Fernen Osten entstanden und Schwierigkeiten in Aegypten und auch in mehr als einer Gegend Europas hätten sich drohende Wolken zusammengezogen.

Die Gefahr eines Kriegsausbruches habe sehr schwierige Fragen zwischen England und Frankreich aufgeworfen. Jedermann müsse sich darüber klar gewesen sein, daß weite Kreise der französischen Oeffentlichkeit einen Bruch mit Italien befürchteten und gleichzeitig große Nervosität empfanden über die Möglichkeit einer Schwächung der Verteidigung Frankreichs.

Angesichts dieser Tatsachen habe er alles getan, um eine Regelung zu ermöglichen. England habe die doppelte Aufgabe gehabt, in vollem Maße an dem kollektiven Vorgehen teilzunehmen und gleichzeitig zu versuchen, eine Friedensgrundlage zu finden.

Eine neue Lage sei durch die Frage einer Oelsperre entstanden. Gesetzt den Fall, daß das Oelembargo unter Mitwirkung der Nichtmitgliedsstaaten hätte in Kraft gesetzt werden können, so würde das Oelausfuhrverbot unter Umständen das Ende der Feindseligkeiten erzwungen haben. Aber gerade deshalb wäre die Lage vom Standpunkt des italienischen Widerstandes sofort gefährlicher geworden.

Von allen Seiten seien Berichte eingegangen, daß Italien ein Oelembargo als eine militärische Sanktion oder als einen kriegerischen Akt ansehen würde.

„Ich wünsche", so fuhr Hoare fort, „unsere Lage völlig klarzumachen. Als Nation empfanden wir keinerlei Furcht vor irgendeiner italienischen Drohung. (Lauter Beifall) wie auch immer sich Italien verhalten haben würde. Wir würden, wie die Geschichte lehrt, einen solchen Angriff mit Erfolg zurückgeschlagen haben." Ein isolierter Angriff dieser Art auf eine einzige Macht ohne die Gewißheit einer vollen Unterstützung der anderen Mächte würde fast unvermeidlich zu der Auflösung des Völkerbundes geführt haben. Unter diesen Umständen habe er sich vor zehn

Baldwin

Tagen nach Paris begeben. Es sei in einer Atmosphäre des Krieges gewesen, als die Besprechungen begannen, und es habe auf der Hand gelegen, daß die große Mehrheit der Genfer Mitgliedsstaaten gegen die Anwendung militärischer Sanktionen zu sein schien. Der Beifall des Hauses erneuerte sich, als Hoare erklärte, daß

kein Mitgliedsstaat mit Ausnahme Englands, irgend welche militärischen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen hätte, während die meisten Mitgliedsstaaten an wirtschaftlichen Sanktionen teilgenommen hätten.

Zwei Tage lang habe er mit Laval über eine Diskussionsgrundlage gesprochen. Die Vorschläge, die sich aus diesen Besprechungen ergeben haben, enthielten manche Dinge, die weder er noch Laval billigten. Sie schienen jedoch beiden Staatsmännern die einzige Grundlage gewesen zu sein, auf der möglicherweise Besprechungen hätten eröffnet werden können. Es sei notwendig gewesen, einen Versuch zu machen, die englisch-französische Solidarität aufrecht zu erhalten. In diesem Geist habe man sich auf die Vorschläge geeinigt.

Das sei die einzige Erklärung und Rechtfertigung der Pariser Verlautbarung.

Sir Samuel Hoare erläuterte dann die Pariser Vorschläge und hob hinsichtlich des Hafens von Assab hervor, daß über keinerlei Beschränkung, z. B. über ein Verbot des Eisenbahnbaues von Addis Abeba nach Assab, verhandelt worden sei.

Unter großem Widerspruch der Opposition erklärte Sir Samuel, die Pariser Vorschläge seien für Italien ganz erheblich ungünstiger als die Forderungen, die Mussolini im letzten Sommer Eden gegenüber stellte. Abessinien habe er, Hoare, nicht vergessen. Es gebe nur zwei Wege, den Krieg zu beenden: Entweder Frieden durch Vereinbarung oder Frieden durch Kapitulation. Er glaube an die erstgenannte Möglichkeit.

Sir Samuel Hoare sprach dann über die Bedingungen des modernen Krieges und schloß mit der Erklärung: Ich habe es als meine Pflicht angesehen, dem Unterhaus die Lage hinsichtlich der Gefahren, welche ich in der Zukunft sehe, wenn wir nicht allen Tatsachen begegnen werden, so klar wie nur möglich darzulegen. Ich bin fest überzeugt, daß ich nicht anders vorgehen konnte. Ich bin aber auch fest überzeugt, daß die Politik eines Außenministers die allgemeine Billigung seiner Mitbürger haben muß. Diese habe ich nicht und deshalb bin ich zurückgetreten. Dies ist der einzige Grund meiner Demission.

Der Führer der arbeiterparteilichen Opposition, Attlee, der hierauf das Wort ergriff, erklärte, es könne keine Erklärung der Regierung angenommen werden, aus der nicht klar hervorgehe, daß die Regierung eine kollektive Verantwortung trage und Hoare lediglich zum Sündenbock gemacht worden sei. Wenn der Rücktritt Hoares zu Recht erfolgt sei, dann müsse auch die Regierung zurücktreten. Es entspreche nicht dem britischen Sinn für fair play und Gerechtigkeit, wenn dem Lande, das gefehlt habe, ungeheure Zugeständnisse auf Kosten des Opfers gemacht würden. Ein solches Verfahren bringe nicht den Frieden, sondern das Schwert, da es eine unmittelbare Ermutigung zu künftigen Kriegen sei. Der Redner bezweifelte, daß es möglich sein würde, eine Regelung zu finden, die für alle drei Parteien in gleicher Weise annehmbar sein würde. Attlee schloß seine Rede mit einem Bekenntnis zu einem unter Führung Englands aufzubauenden System kollektiver Sicherheit, unter dessen Schutz die Abrüstung herbeigeführt werden könne, die alle Kriege beenden werde. Wenn die Regierung nicht von dem Pariser Friedensplan Abstand nehme, werde die Welt in Anarchie und Krieg verfallen. Hierauf brachte Attlee einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein.

An alle Kolporteure und Abonnenten!

Anläßlich der Weihnachtsfeiertage wird unser Blatt früher gedruckt, so daß die Nummer vom Mittwoch, den 25. Dezember, bereits um acht Uhr früh in allen Orten ist. Die Donnerstagnummer vom 26. Dezember und die Freitagausgabe vom 27. Dezember entfällt, so daß die nächste Ausgabe erst am Samstag, dem 28. Dezember erscheint.

UNSER GESICHT

30 **Roman von Karl Stym**

Copyright by Eugen Prager-Verlag, Bratislava

Ich stehe allein auf einem weiten Felde, darüber der Nebel so tief hängt, daß ich mich darunter bücken muß. Meine Füße stecken bis zu den Knien in teigigem Lehm. Aus dem niedrigen Streifen zwischen Nebel und Feld rast eine Meute toller Hunde auf mich los. Ich will laufen, doch der Dreck hängt wie Blei an den Füßen. Der Schweiß rinnt mir in die Augen und mein Schreien erdrückt der Nebel zu jämmerlichem Gewinsel. —

„Was winselst und strampelst denn so?" weckt mich Hell.

„Ich hab so scheußlich geträumt!"

Ich bin froh, daß ich wach bin.

Ringsherum ist noch Ruhe. Nur hie und da dreht sich einer um oder redet im Schlaf. Plötzlich fährt Uhu mit seinen Händen in die Höhe. Zugleich wird er wach.

„Verdammte Luder!"

Paul und ich lachen. Irgendwer hat dem schlafenden Uhu die Rockärmel über die Hände gezogen und unterhalb zusammengebunden. Uhu schimpft verärgert. Er reckt und streckt sich, um die Hand frei zu kriegen. Die Nähte krachen.

„Wart' mal!"

Paul macht die Schnüre auf.

„Wenn ich nur wüßte, wer's war! — Aber so schlecht ist's gar nicht, jetzt hab' ich schon warme Hände!"

„Na siehst!"

Uhu setzt sich zu uns auf unser Brettbett. Zusammen bewitzeln wir die komischen Figuren der Schlafenden. Der Häuer Hager, zum Beispiel, liegt platt auf dem Bauch, die Hände vors Gesicht haltend.

Nach einer Weile sagt Hell:

„Ich hab' eine Idee! — Wir schreiben ringsherum auf die Ulme Streikparolen. Aber — Farbe?"

„Haben wir", begeistert sich Uhu. „Ich weiß, wo der Markscheider seinen Farbtopf versteckt!"

„Mach schnell!"

Nachdem wir Farbe haben, geht die Klexerei los. Da nur ein Pinsel vorhanden ist, wechseln wir im Malen ab. Das ist auch notwendig, denn zwischendurch müssen wir die Hände auf ein Weilchen unter die Achseln stecken. Es ist ein ganz niederträchtig kaltes Geschäft, das.

Nach einer Stunde sind wir mit unserem Lager fertig. Auf den Ulmen steht dick und patzig, in weißer Farbe zu lesen:

„Brot oder Tod!"

„Herinnen wollen wir sterben! Draußen müssen wir krepieren!"

„Kamerad! Denk an dein Weib!
Denk an deine Kinder!
Denk an dich selbst!
Sei stark!"

„Die werden schauen!" freut sich Uhu. „Und — aushalten!"

Wir legen uns nieder und warten mit halbgeschlossenen Augen.

Als erster wird Fogger Schorsch wach. Er reibt sich die Augen und rekelt sich. Er liest und lächelt. Aber nur einen Moment lang. Dann wird sein Gesicht ernst, sehr ernst. Er steht schwerfällig auf und betastet die Schrift.

„Ganz frisch!" murmelt er. „Nicht schlecht!"

Wir freuen uns, rühren uns aber nicht. Das Spiel wiederholt sich bei noch mehreren. Dann schlafen wir ein. —

Abends haben wir den ersten Kranken. Peter Pohl hat das Grubenfieber. Er verdreht gräßlich die Augen, so daß man nur das Weiße darin sehen kann.

Peter war sofort mit unserem Plan einverstanden. Nun ist er der erste, der zusammenklappt. Armer, kleiner Kamerad! Ich grolle ihm nicht mehr.

Röhling, Hell und ich legen unsere Röcke auf einen leeren Wagen und darauf den Kranken. Peter ist so leicht, daß ihm beinahe einer allein nach Hause tragen könnte.

In einem lichten Augenblick zieht mich Peter zu sich und sagt leise:

„Fritz, ich geh' wieder zur Mutter!"

„Recht so, Peter!"

Wir schieben den Wagen vor uns her.

Ein trauriger Zug.

Aus den Seitenstrecken schauen die heißen Augen der Kameraden auf uns. Eine bange Frage glüht darin:

Der erste! — Wieviel werden noch drankommen? —

Und wird es doch nicht umsonst sein?

Herrgott, sind wir arme Teufel! —

Wir lassen die Barrikade nieder und tragen Peter auf den vordersten Wagen. Unsere Überröcke ziehen wir wieder an. Das ist nicht Rücksichtslosigkeit gegen unseren Kameraden. Peter kommt in den warmen Tag hinaus, wir aber müssen noch weiter im kalten Loch bleiben.

Plötzlich, wie aus dem Boden gewachsen, steht Ing. Krakauer vor uns. Hinter ihm etwa fünfzehn Soldaten mit aufgepflanzten Gewehren. Wir sind so überrascht, das augenblicklich keiner etwas sagen kann. Zum Aufrichten der Barrikaden ist es schon zu spät, so stellen wir uns quer zur Strecke. Auch die beiden Streikposten, der alte Daniel und sein Kamerad, schließen sich an.

Krakauer ist als Draufgänger bekannt.

„Platz da! Ihr wollt ja nichts anderes als ausgeräuchert zu werden!"

„Da müßt ihr aber vorerst hier vorbei!"

Wir sind fest entschlossen, niemanden durchzulassen:

„Dummköpfe!" brummt Krakauer.

Die Soldaten hinter ihm entsichern ihre Gewehre. Das fühlt sich in den Nerven wie boshafte Nadelstiche.

Ich weiß nicht, was ich eigentlich von den Kerln da mit den Schießeisen halten soll. Das eine aber weiß ich bestimmt, daß kein einziger von ihnen im Krieg war. Ich auch nicht, aber ich wäre dort gewiß nicht davongelaufen. Diese milchigen Gesichter jedoch sehen nachgerade aus, als würden sie im Ernstfalle mit Tränen rühren.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

„Von der Nationalität zur Bestialität"

Presseprozeß des Deutschen Turnverbandes Gablonz gegen Genossen Dr. Strauß

Vor dem Pressesenat des Gerichtsrates Dr. Bernášek kam am Donnerstag eine Presseklage zur Verhandlung, welche der Deutsche Turnverband in Gablonz, vertreten durch den Vorsitzenden Professor Richard Bernhard und zwölf Mitgliedern ostböhmischer deutscher Turnvereine gegen Genossen Dr. Strauß, als verantwortlichen Redakteur des „Freigeist" angestrengt haben.

Der „Freigeist" hat nämlich unter dem Titel „Von der Nationalität zur Bestialität" über die Tatsache berichtet, daß in Braunitz bei Trautenau eine Frau bestialisch erwürgt und ihres Sparbuches beraubt worden ist und daß der Täter ein Mitglied der deutschen Turnerschaft und ein Henleinmann sei. Daran knüpfte der „Freigeist" folgende Bemerkung:

„Was spielt so einem echten, fascistischen Deutschen ein Mord schon für eine Rolle? Sie wollen und müssen sich würdig erweisen ihrer großen Vorbilder, die gewohnt sind, im Blute zu schwimmen. Mordet der eine nach Hunnenart zu Tausenden, so die kleinen Nachäffer vorläufig einzeln. Alle aber freuen sich schon auf den Tag und können ihn nicht genug herbeisehnen, wo für sie auch hier die Nacht der langen Messer anbricht. Und so ein Mordgesindel will noch auf höhere Kultur Anspruch erheben."

Durch diesen Artikel fühlte sich der Deutsche Turnverband und einige seiner Mitglieder getroffen.

Bei der Hauptverhandlung wendete der Verteidiger des Genossen Dr. Strauß, Dr. Wehle (Kanzlei Dr. Schwelb) ein, daß weder dem Turnverband, noch den einzelnen Klägern die Aktivlegitimation zustehe. Der Verteidiger verwies insbesondere darauf, daß der Artikel nur eine berechtigte Kritik des Wesens des Fascismus enthalte.

Der Vertreter der Kläger, Dr. Künzel, stellte unter Beweis, daß der klagende Deutsche Turnverband und die zwölf Turnvereinsmitglieder zur Klage berechtigt sind, weil unter der „deutschen Turnerschaft" lediglich die im deutsch-arischen Turnverbande organisierten Turner gemeint sein können.

Das Gericht verkündete nach langer Beratung das Urteil, mit welchem Genosse Dr. Strauß von der Anklage freigesprochen wird. Die Kläger wurden auch zum Ersatze der Kosten verurteilt.

Das Gericht spricht in den Gründen den Klägern die Klagelegitimation ab und erklärt, daß der Schreiber des Artikels mit diesem ausdrücken wollte, daß ein Fascist einer solchen Handlungsweise (Ermordung einer alten Frau) fähig sei. Dadurch können sich vielleicht die fascistischen Parteien, nicht aber die deutsche Turnerschaft beleidigt fühlen.

Der Klagevertreter Dr. Künzel meldete die Berufung an.

Den Henleinleuten ins Stammbuch

schreibt die „Deutsche Presse" treffend:

Und wie verhielt sich die politische Vertretung des Sudetendeutschtums als Ganzes zur Präsidentenwahl? Es hätte in manchen Phasen der letzten Entwicklung eine entscheidende Rolle spielen können, wenn nicht seine stärkste Partei — SdP hieße. Die SdP zeigte sich in diesen schicksalvollen Stunden vollständig hilflos. Eine Führung konnte sie nicht ausüben, da sie selbst nicht wußte, was sie wollte. Vor allem gingen wieder ihre Spekulationen auf die tschechische Agrarpartei fehl. Wer auf zu vielen Stühlen sitzen will, setzt sich daneben. Die leeren Stimmzettel, die die SdP abgegeben hat, sind wirklich leer — für das Sudetendeutschtum nutzlos vertan. Das ist zu bedauern, denn eine Gesamtbeteiligung des Sudetendeutschtums hätte jenen Satz der Botschaft Masaryks unterstrichen, für den uns der Kandidat Masaryks garantiert: „Wir bedürfen Gerechtigkeit gegenüber allen Bürgern, seien sie welcher Nationalität immer".

Wir wünschen den Christlichsozialen, die bei der Präsidentenwahl feierlich dokumentiert haben, daß sie eine andere Politik zu machen entschlossen sind als im Jahre vor den letzten Parlamentswahlen, daß diese Erkenntnis Allgemeingut ihrer Partei wird.

Was ist in der Redaktion der „Roten Fahne" los?

Die „Rote Fahne", die ihren Stolz dareinsetzt, ihre Leser tagtäglich falsch zu unterrichten, versucht gestern mit Bezug auf die Präsidentenwahl der Oeffentlichkeit folgendes einzureden:

Einer der entscheidenden Faktoren dabei war das Eingreifen der kommunistischen Partei, die nicht nur den Massen die volle Wahrheit sagte, sondern auch die Massen aufrief, diesem Plan der Reaktion den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Dieses Eingreifen der kommunistischen Partei wurde zu einem entscheidenden Faktor, der einen großen Widerstand gegen die Kandidatur Němec selbst in der tschechischen Agrarpartei und der slowakischen Volkspartei hervorrief.

Hält das kommunistische Blatt seine Leser für wirklich so einfältig, daß diese glauben könnten, ausgerechnet der Widerstand der Kommunisten gegen die Kandidatur Němec hätten die Herren Stoupal und Branž, diese Führer des rechten Flügels der Agrarpartei veranlaßt, von dieser Kandidatur Abstand zu nehmen?

Man braucht die Frage nur zu stellen, um den politischen Analphabetismus jener zu charakterisieren, welche, ohne die Kontrolle eines vernünftigen Menschen — und solche wird es in der KPTsch doch wohl geben — ein Blatt schreiben, das Arbeiter belehren und informieren soll.

Im übrigen erinnert uns dieses Verhalten der Kommunisten an den Zirkusclown, der nach dem Auftreten des Trapezkünstlers in die Manege eilt, den Beifall einzuheimsen.

Einvernahme Dr. Fuchs'

Mähr.-Ostrau. (Tsch. P. B.) Am neunten Tage des Hochverratsprozesses gegen Dr. Patscheider wurde das Verhör Dr. Patscheiders beendet, an den die Verteidiger verschiedene Fragen stellten. Um 11 Uhr 45 wurde zum Verhör des dritten Hauptangeklagten, des 33jährigen Advokaturskonzipienten Dr. Alfred Fuchs aus Troppau, geschritten, der Mitglied der deutschen nationalsozialistischen Partei und stellvertretender Vorsitzender der Ortgruppe war. Bei einer Hausduchung wurde bei ihm u. a. auch der sogenannte Sonderbefehl gefunden. Dr. Fuchs behauptete, daß er diesen Sonderbefehl erst beim Verhör nach seiner Verhaftung gesehen habe und daß er nicht wisse, wie dieser Sonderbefehl in seine Schublade gekommen sei, wo er verschiedene Vereins- und Privatkorrespondenz aufbewahrte. Dr. Fuchs erklärte, daß er einen solchen phantastischen Plan niemals bei sich aufbewahrt haben würde. Im Vergleich zu den verhörten Angeklagten ist Dr. Fuchs sehr wortkarg. Um 13 Uhr war seine Einvernahme beendet und die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt. Es wird dies die letzte Verhandlung vor den Feiertagen sein, u. zw. soll der Angeklagte Wittek einvernommen werden. Nach den Feiertagen wird der Prozeß am 30. Dezember fortgesetzt werden.

Die deutschen sozialdemokratischen Lehrer an den neuen Präsidenten

„Die Hauptleitung der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer in der Tschechoslowakischen Republik beglückwünscht Sie freudigst zur Nachfolgeschaft Masaryks in der höchsten Stelle unseres Staates. In dankbarer Erinnerung an Ihren ersten Vortrag vor deutschen Lehrern anläßlich unserer Pädagogischen Woche in Teplitz-Schönau bitten wir Sie, unsere aufrichtigen Bemühungen um die Zusamenarbeit zwischen Deutschen und Tschechen auch weiterhin zu unterstützen. Der heutige Tag gibt uns neue Kraft in unserer Arbeit fortzufahren."

ALPA
Franzbranntwein
bei Kreuzschmerzen und Gliederreißen

Budgetdebatte im Senat

Rauflustige Henleinmänner exzedieren

Prag. **Der Senat eröffnete Donnerstag vormittags die Budgetdebatte, welche, da pro Klubmitglied eine Redezeit von zehn Minuten festgesetzt ist, etwa 25 Stunden in Anspruch nehmen dürfte. Nach den bisherigen Dispositionen des Präsidiums soll die Abstimmung am Samstag vormittags erfolgen.**

Der Generalberichterstatter Zeman gedachte in seinen einleitenden Worten des Wechsels im Amte des Präsidenten der Republik, würdigte in herzlichen Worten die unsterblichen Verdienste T. G. Masaryks um den Staat und grüßte den neuen Präsidenten Dr. Beneš. Die Kundgebung wurde von den Mitgliedern des Senats stehend angehört und mit starkem Beifall aufgenommen.

Die Debatte eröffnete der Kommunist Šmeral, der die wirtschaftlichen Forderungen seiner Partei vertritt. Zum Schluß unterstreicht er den Unterschied in der Weltanschauung zwischen dem neugewählten Präsidenten und der kommunistischen Partei. Dr. Beneš sei nicht der Kandidat der Kommunisten gewesen, er habe mit ihnen auch nicht verhandelt, die Kommunisten wollen von ihm nichts und er sei ihnen auch zu nichts verpflichtet. Sie hätten ihn nur gewählt, als die Lage so stand, daß die Reaktion bis zum letzten Moment nicht abrüsten wollte. — **Elf** (Gewerbepartei) befaßt sich mit dem Vorgehen der Finanzbehörden in Steuerfragen. — **Paulus** (Nat.-Ver.) warnt davor, „daß man immerfort auf die Gutmütigkeit unseres Volkes hin fündigt."

Maizner (SdP.), ein ehemaliger Landbündler, der auch schon als Vertreter der Agrarpartei im Wiener Reichsrat saß und in der seinerzeitigen „Deutschböhmischen Landesregierung" die Stelle eines Landeshauptmannstellvertreters bekleidete, polemisiert gegen das Exposee des Ministerpräsidenten und gegen den Vorwurf der antistaatlichen Tätigkeit der SdP. Während sein Parteikamerad Dr. Rosche kürzlich ausdrücklich zugegeben hat, daß man die Regierungsparteien keineswegs für die ganze Wirtschaftskrise verantwortlich machen könne, tut des Maizner ohne Bedenken und kritiklos.

Später sprach Genosse **Reyzl** über die Schwierigkeiten, die der Zusammenstellung eines ausgeglichenen Staatsvoranschlages in der Krisenzeit entgegenstehen, besprach im einzelnen jene wirtschaftlichen Probleme, die vor allem die deutschen Arbeiter in den Notstandsgebieten betreffen, verdolmetschte die diesbezüglichen Forderungen unserer Partei und erteilte dann auch der SdP eine kurze, aber treffende Lektion. Wir kommen morgen noch ausführlicher auf die Rede zurück.

Nach ihm kam der SdP-Senator **Tschakert** zu Worte, der sich durch hemmungslose Attacken gegen die Marxisten seine Sporen zu verdienen versuchte. Gleich im Anfang wurde er in verschiedenen Zwischenrufen der Lüge geziehen, als er von der Arbeitsanleihe **behauptete**, daß nur die Hälfte zu den vorgesehenen Zwecken verwendet worden sei. Dieser Zwischenruf veranlaßte den Genossen Nießner zu der Frage, wie denn überhaupt die Begriffe „Wahrheit" und „SdP" in Einklang zu bringen seien. Der Herr Baumeister Tschakert wetterte natürlich weiter, daß der Staat die private Unternehmerinitiative erdrücke und richtete dann ganz unerhörte Angriffe gegen die Tätigkeit der Genossenschaften, die „vom Staat auf Kosten der Privatwirtschaft favorisiert" würden. Seine Behauptung: „Aus den Steuergeldern der privaten Unternehmertätigkeit wird eine besoldete und uniformierte Parteigarde aus den Angestellten der Konsumvereine, Arbeiterbäckereien usw. geschaffen", löst begreiflicherweise sehr berechtigte Entrüstung, teils aber auch nur heiteres Gelächter über solchen Unsinn auf der Linken aus.

Als Tschakert später neuerdings, diesmal gegen die Konsumvereine ausfällig wird und sich zu der Behauptung versteigt, daß die Konsumvereine und auch der Gec-Verband auf Grund des Bauförderungsgesetzes vom Jahre 1923 Bauten mit 80% Staatshilfe errichtet haben und darin ihre Zweigstellen unterbringen, werden erregte Rufe laut, er möge sagen, wo dies der Fall sei.

Senator Kreibich bezichtigt ihn direkt der Lüge, ebenso Genosse Dr. Heller, der zur Ministerbank eilt, um den Redner besser hören zu können. Daraufhin eilen die ganzen SdP-Leute aus den Bänken ihrem „Kameraden" zu Hilfe, so daß in dem Knäuel vor der Ministerbank eine bedrohliche Situation entsteht.

Einer der Herren, angeblich der Senator Bock (man kennt die neuen Gesichter noch lange nicht alle so genau!) stellt sich neben Dr. Heller und sucht ihn mit dem Ellbogen wegzudrücken. Genosse Reyzl sieht das und wirft sich dazwischen, **worauf der SdP-Mann, als ob er bei einer Wirtshausrauferei wäre, die geballte Faust gegen Reyzl erhebt. Reizl seinerseits ist schon bereit, den drohenden Hieb wirksam zu parieren, als sich im letzten Moment Genosse Müller und andere Senatoren dazwischen werfen und Tätlichkeiten noch gerade verhindern.**

Die Erregung über dieses Verhalten der SdP-Mannen ist allgemein und wirkt noch lange nach. Als der Herr Unternehmer Tschakert die Not der deutschen Volksgenossen schildert, wird er immer wieder in Zwischenrufen aufgefordert, das doch lieber den „Kameraden Unternehmern" zu erzählen, die solche Schundlöhne zahlen. Tschakert hat von der parlamentarischen Tribüne eine so merkwürdige Vorstellung, daß er im weiteren Verlauf seiner ellenlangen Rede sogar seine eigenen rein geschäftlichen Angelegenheiten mit dem Bezirk Böhm.-Leipa aufs Tapet bringt...

Die Debatte geht Freitag früh weiter.

T. G. Masaryks Ehrung durch ein besonderes Gesetz

Die Regierung hat am Donnerstag dem Abgeordnetenhaus den bereits angekündigten Gesetzentwurf über die Ehrung T. G. Masaryks durch den Staat vorgelegt. Der § 1 dieser Vorlage lautet:

„Dem Erneuerer des Staates und ersten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik T. G. Masaryk werden für Lebenszeit der Präsidentengehalt und Wohnsitz auf Schloß Lány belassen."

Die Vorlage soll bereits am Freitag vom Plenum verabschiedet werden. Im Motivenbericht wird darauf hingewiesen, daß der Verfassungsausschuß im Jahre 1920 in seinem Bericht über die Verfassungsurkunde bereits die Erwartung aussprach, daß T. G. Masaryk bis an sein Lebensende der immer wieder neu gewählte Präsident bleiben werde. Wenn sich T. G. Masaryk nun seines Amtes begeben habe, was nur ein neuer Beweis seiner unerbittlichen Gewissenhaftigkeit sei, so müsse sich die Regierung dieser Entscheidung beugen. Wenn sie für den abtretenden Präsidenten eine ganz außergewöhnliche Ehrung vorschlage, so erfülle sie damit nicht nur eine selbstverständliche Pflicht, sondern wolle damit auch dartun, daß der erste Präsident für alle auch weiterhin die große persönliche und sittliche Autorität, „unser Präsident Masaryk" bleibe. Durch fast anderthalb Jahrzehnte ist Masaryk mit dem Schloß Lány verwachsen. Er hat dem Leben in ihm den Stempel seiner eigenen Einfachheit aufgedrückt, von hier aus sind viele seiner staatsmännischen Entscheidungen ergangen, hier hat er hunderte Persönlichkeiten der politischen und kulturellen Welt empfangen. Diese Verbundenheit Masaryks mit Lány führt zu dem Wunsch, daß Präsident Masaryk auch weiterhin dort wohnen bleibe.

Im Verfassungsausschuß wurde von mehreren Seiten bemängelt, daß der Wortlaut des Gesetzes der beabsichtigten Ehrung T. G. Masaryks zu wenig Rechnung trage. Schließlich einigte man sich auf folgende Fassung des § 1:

„Dem ersten Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik T. G. Masaryk gebührt Dank für sein Befreiungs- und Aufbauwerk."

Die Bestimmungen über die Belassung des Präsidentengehaltes und des Schlosses Lány auf Lebenszeit werdenden im § 2 zusammengefaßt. § 3 enthält die Durchführungsbestimmungen.

Der Präsidentengehalt beträgt normal eine Million Kč jährlich, nach dem 15prozentigen Abzug, dem er analog den Staatsbeamtengehältern unterworfen ist, derzeit 850.000 Kč. Nach Abzug der Steuern reduziert er sich weiter auf etwa 700.000 Kč. Von diesem Betrag muß Masaryk seinen ganzen Haushalt bestreiten; zu Lasten des Staates geht lediglich die Erhaltung des Schlosses und des Schloßgartens, nicht aber die des Parkes.

Erste Audienzen des neuen Präsidenten

Prag. Der Präsident der Republik Doktor Eduard Beneš empfing am Donnerstag, den 19. d., vormittags, den Gouverneur von Karpathenrußland, Konstantin Hrabar, der vom Sektionsrat Párkányi aus des legislativen und politischen Abteilung der Präsidentenkanzlei eingeführt wurde. Weiters empfing der Präsident der Republik den Präsidenten des Obersten Gerichtes Dr. Vladimir Fajnor, den ersten Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts Doktor Emil Hácha und den Vorsitzenden des Obersten Rechnungskontrollamtes Dr. Vladimir Hořák. Der Audienz dieser drei Staatswürdenträger wohnte der Sektionschef der Kanzlei des Präsidenten der Republik Dr. Wébr bei.

Der Vorsitzende der Regierung Dr. Milan Hodža, dem durch den Präsidenten der Republik die Leitung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten anvertraut wurde, empfing Donnerstag den Gesandten Dr. Kamil Krofta und bestätigte ihn in seiner bisherigen Funktion als Vertreter des Außenministers. Der Vorsitzende der Regierung wird die Leitung des Außenministeriums voraussichtlich am Samstag formell übernehmen.

Britischer Bergarbeiterstreik im Jänner?

London. (Reuter.) **Der Vorsitzende der Bergarbeiterföderation Jones erklärte Donnerstag nach einer Beratung, der Vollzugsausschuß werde der Konferenz empfehlen, die bisher vorgelegten Entwürfe zu einer Regelung der Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter als absolut unbefriedigend anzusehen. Gleichzeitig teilte er den Beschluß des Vollzugsausschusses mit, wonach am 13. oder 20. Jänner der Streik verkündet werden soll, falls bis zu dieser Zeit nicht Anträge einlaufen sollten, die der Vollzugsausschuß als befriedigend ansehen könnte. Nach Ansicht des Vollzugsausschusses könne kein Entwurf als befriedigend angesehen werden, der nicht nationalen und einheitlichen Charakter besitzt. Wenn bis zu dieser Zeit keine Regelung eintritt, wird die Arbeit am 26. Jänner eingestellt werden.**

Todesfahrt dreier Professionisten

im Oberleutensdorfer Pluto-Schacht

Am Mittwoch abend gegen acht Uhr ereignete sich im Pluto-Schacht in Oberleutensdorf ein furchtbares Unglück, dem drei junge Menschenleben zum Opfer fielen. Es wurde berichtet, daß im Wetterschacht bei Wiesa die Steigleitung undicht geworden sei. Als diese Undichte gemeldet wurde, begaben sich drei Professionisten an Ort und Stelle, um den Zähler in Ordnung zu bringen. Sie stiegen in die Schale ein und nach einer Fahrt von 60 Metern riß plötzlich das Seil und die Schale sauste 300 Meter — der Schacht ist 380 Meter tief — in die Erde. Hiebei fanden alle drei Leute den Tod. Es sind dies Eduard Kempe, 35 Jahre alt, verheiratet, Vater eines Kindes, Franz Rothe, 37 Jahre alt, ledig, und Rudolf Burian, 30 Jahre alt, verheiratet, Vater eines Kindes. Die Ursache des Unglücks wird zur Zeit untersucht. Wir werden dann noch einen ausführlichen Bericht veröffentlichen.

Steuervorlagen im Parlament

Prag. Am Donnerstag ging das Abgeordnetenhaus daran, eine Reihe von Vorlagen finanziellen Charakters aufzuarbeiten, mit denen das Budget für 1936 bereits rechnet, die also noch vor den Weihnachtsfeiertagen unter Dach und Fach gebracht werden müssen.

Es handelt sich um die beiden Verbrauchssteuern für Essigsäure und für Backpulver (allgemein: „Mittel zur Teiggärung"), um die Verlängerung der Krisenzuschläge zur Einkommensteuer und der Gerichtsgebühren und endlich um den Initiativantrag der Koalition, daß die Abzüge von den Diäten der Parlamentarier auch für 1936 Geltung haben sollen.

Bezüglich der **Essigsäure** wies der Berichterstatter darauf hin, daß die durch trockene Destillation des Holzes gewonnene Essigsäure den Erzeuger 5 bis 6 Kč kostet, während der Verkaufspreis 23.40 Kč beträgt. Die Vorlage soll die freiwillige Abgabe von 3 Kč pro Kilo, die die Erzeuger bereits seit einigen Jahren der Finanzverwaltung zahlen, auf 6 Kč erhöhen und sie zugleich im Gesetz verankern. Auch dann bleibt noch immer eine ausreichende Spannung zwischen dem Erzeugungs- und dem Verkaufspreis bestehen, so daß eine Verteuerung des Essigs im Detailverkauf absolut unbegründet wäre; sollten die Fabrikanten die Preise doch erhöhen wollen, so ist das Finanzministerium befugt, die Essigpreise durch Verordnung festzusetzen.

Die Steuer auf **Backpulver** soll die Hefesteuer entsprechend auf die verschiedenen Hefe-Ersatzmittel ausdehnen und eine annähernde gleiche Steuerbelastung herbeiführen. Man rechnet mit einem Ertrag von 8 Millionen.

Ueber die **Krisenzuschläge zur Einkommensteuer**, die auf ein Jahr verlängert werden sollen, berichtete der Referent Chalupa, daß die Finanzverwaltung die 300 Millionen, die sie einbringen, einfach nicht entbehren kann. Er hält die Verlängerung auf bloß ein Jahr für schlecht, da man ja jetzt schon bestimmt weiß, daß die Verhältnisse nach einem Jahr auch nicht viel besser sein werden. Die Progressivität der Einkommensteuer wird durch die Krisenzuschläge verschärft, was als ganz in der Ordnung bezeichnet werden muß. So wird jetzt ein Einkommen von 500.000 Kč mit 36 Prozent, ein Einkommen von 5 Millionen mit 46.3 Prozent an Einkommensteuer belastet.

Bei den **Gerichtsgebühren** handelt es sich in der Hauptsache nur um die Verlängerung, ebenso auch bei den **Abzügen von den Diäten** der Parlamentarier.

*

In der Debatte warf der Hlinkaparteiler Salát die Frage auf, welche Tantiemen die Funktionäre der Getreidegesellschaft erhalten. Er schlägt vor, ein Verzeichnis aller Kartelle und Trusts und ihrer Spitzenfunktionäre und zugleich die Höhe ihrer Einkommen zu veröffentlichen. Auch in den Versicherungsgesellschaften verschlingen Tantiemen und besondere Entlohnungen einen beträchtlichen Teil der Prämien.

Schenk (Komm.) wendet sich gegen die Einführung neuer Steuern, die „auf Kosten der breiten Massen" gehen sollen (was im konkreten Falle gar nicht stimmt), und befaßt sich dann mit dem Stabilisierungsfonds, der noch gar nicht zur Beratung steht. Auch eine Reihe anderer oppositioneller Redner, darunter zwei SdP-Abgeordnete, sprachen sich gegen die Steuervorlagen und gegen die Steuerpolitik der Regierung überhaupt aus. Sedláček (Nat. Ver.) beeilte sich festzustellen, daß die Sanktionen gegen Italien angeblich einen gefährlichen Einfluß auf unser Wirtschaftsleben anzunehmen beginnen, und führte das Ansteigen der Arbeitslosigkeit darauf zurück. Der Kommunist Dyokal verfällt wieder in die alte Tonart, nennt die beiden Verbrauchssteuern gar „einen neuen Angriff auf die breiten Volksmassen", was angesichts des geringfügigen Gesamtertrages dieser Steuern wohl als reichlich übertrieben bezeichnet werden muß. Auch das ist ihm ein Anlaß, nach der „breiten Volksfront" zu rufen.

Alle genannten Vorlagen wurden schließlich in beiden Lesungen von der Koalition angenommen. Nächste Sitzung Freitag um 9 Uhr früh.

*

Die Vorlage über die Zuschläge zur Umsatzsteuer war vom Budgetausschuß bekanntlich einem Subkomitee überwiesen worden, da sich gegen die Regierungsfassung Widerstände ergeben hatten. Am Donnerstag schlug der Referent Bergmann im Ausschuß vor, die Vorlage so, wie sie ist, passieren zu lassen. Sie soll ja ohnedies nur zwei Jahre in Geltung bleiben. Die Anregung, den vorgesehenen besonderen Zuschlag von Einheitspreisgeschäften etc. den Gemeinden zukommen zu lassen, müsse man fallen lassen, da das Budget bereits mit diesem Betrag rechne. — Schließlich wurde auch die Vorlage über die Stabilisierungsbilanzen mit einigen Aenderungen genehmigt. U. a. wird jede im Jahre 1935 beschlossene Kapitalserhöhung von Aktien- und Kommanditgesellschaften mit Hilfe des Stabilisierungsfonds mit einer 15prozentigen Steuer belegt.

Tagesneuigkeiten

Wie der Nickerl so der Wollner

Die Mitteilung, daß die Mutter des Abgeordneten Nickerl die Arbeitslosenkartoffeln bezogen hat, wird jetzt vom „Volkswille" dahin ergänzt, daß in **Asch der Schwiegervater des Herrn Abgeordneten, Kreisleiters und Zeitungsherausgebers Wollner betteln geht** und auch an die Bezirkssozialkommission ein Ansuchen um Lebensmittelkarten gerichtet hat, in dem er darauf aufmerksam machte, daß zwar sein Schwiegersohn Abgeordneter, aber nicht in der Lage sei, seinen Schwiegervater zu unterstützen...

Die Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten

Das Eisenbahnministerium verlängert ausnahmsweise unter Berücksichtigung des günstigen Zusammenfalles der Feiertage und der Sonntage die Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten für die Rückfahrt bis zum 7. Jänner 1936, an welchem Tage die Fahrt bis 12 Uhr angetreten und bis 24 Uhr beendet sein muß. Für die Hinfahrt bleiben die bereits früher verlautbarten Bestimmungen in Geltung, das ist, daß die Fahrt an den Tagen vom 21. Dezember 1935 bis 1. Jänner 1936 angetreten werden muß. Für den Doppelfeiertag am 5. und 6. Jänner gelten die Sonntagsrückfahrkarten für die Hinreise vom 4. bis zum 6. Jänner und für die Rückreise vom 5. bis zum 7. Jänner.

Ziehung der Klassenlotterie

Unverbindlich.

Prag. Bei der Donnerstag-Ziehung der I. Klasse der 34. tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden nachstehende Gewinste gezogen:

120.000 Kč Los Nr. 38.508.
20.000 Kč Los Nr. 102284.
10.000 Kč Los Nr. 34101.
5.000 Kč die Lose Nr. 110460, 31531, 38236, 86301, 58067, 25016, 101175, 10012, 21437.

Ein schreckliches Unglück verhütet

Brünn. Am 18. Dezember um 17.40 Uhr durchbrach der Chauffeur M. Strnad aus Malá Skála mit dem Lastauto Č 711—29 unweit der Eisenbahnstation Zwittau die herabgelassenen Schranken, als eben der Schnellzug Nr. 148 herannahte. Das Zugspersonal konnte glücklicherweise den Zug rechtzeitig anhalten, so daß ein Unglück vermieden wurde.

Aus dem Gefängnis ins Ministerium

Madrid. Bei der Neubildung des spanischen Ministeriums ist General Molero zum Kriegsminister ernannt worden. Diese Ernennung vollzog sich in einer Form, die sonst nur in Romanen vorkommt. Gegen General Molero lief nämlich ein Strafverfahren, weil Gil Robles, der frühere Kriegsminister, ihn eines Disziplinarvergehens angeklagt und ins Gefängnis geworfen hatte, wo er seiner Aburteilung entDisziplinarvergehens angeklagt und ins Gefängnis natürlich keine Ahnung von dem Sturz des Ministeriums und war außerordentlich erstaunt, als vor wenigen Tagen ein Offizier in seine Zelle trat, nicht, um ihn zu einem Verhör zu holen, sondern um ihm mitzuteilen, daß ihm der Posten des Kriegsministers zugedacht sei.

Die „blaue Kerze" der SdP. Der „Bund für das Deutschtum im Ausland", eine nazistische Organisation, deren Aufgabe das Wachhalten irredentistischer Bestrebungen im Auslande ist, hat zum diesjährigen Weihnachtsfest die Parole ausgegeben, „an jedem Weihnachtsbaum zum Zeichen der Verbundenheit mit den versklavten, unter fremder Herrschaft seufzenden Volksgenossen im Auslande eine blaue Weihnachtskerze anzuzünden". Der „Bund der Deutschen" hat diese blaue Nazikerze bis jetzt vertrieben, mußte aber den Absatz „aus technischen Gründen", wie es schamhaft heißt, in Wahrheit jedoch auf behördliche Anweisung hin einstellen. Trotzdem steht, wie wir erfahren, mitten im Zentrum Karlsbads, an belebtester Stelle, ein großer, mit elektrischen Kerzen beleuchteter Weihnachtsbaum der „Sudetendeutschen Volkshilfe", der an besonders auffallender Stelle ein blaues Licht trägt! Schonungsloser hätte sich die angeblich so „unparteiische" „Sudetendeutsche Volkshilfe" gar nicht demaskieren können!

Blutrausch des abgewiesenen Liebhabers. Donnerstag um 12 Uhr mittags erschoß der 27jährige Arbeiter Alois Luskal in Stankovice bei Prostějov die 25jährige Dienstmagd Marie Spáčilová, mit welcher er ein Verhältnis hatte, das die Spáčilová jedoch abbrach. Die Schwester der Spáčilová, die sich auf Luskal gestürzt hatte, um ihm den Revolver zu entreißen, wurde durch einen Schuß schwer verletzt. Die Verletzte wurde in das Krankenhaus geschafft. Luskal verbarrikadierte sich dann im Hause seiner Mutter, aus dem er auf die Aufforderung der Gendarmerie, sich zu ergeben, einige Zeit mit Schüssen antwortete. Als die Schießerei aufhörte, drang die Gendarmerie in das Haus, wo sie Luskal, der sich angeschossen hatte, sterbend vorfand.

Achtung, Schwindler!

Wie die Bezirksorganisation Komotau der DSAP mitteilt, hat sich dieser Tage bei ihr ein gewisser Artur Vertes eingefunden und mit einer Bestätigung des Kreissekretariats Pilsen der DSAP ausgewiesen. Den Komotauer Genossen kam dieser Ausweis verdächtig vor und daher wurde er dem Genannten abgenommen und unserem Pilsner Kreissekretariat nach Pilsen eingesandt. Dabei wurde festgestellt, daß Artur Vertes im Pilsner Kreissekretariat, wo ihm eine Unterstützung verweigert wurde, auf irgendeine Weise einen Briefbogen mit dem Aufdruck des Kreissekretariats entwendet haben muß. Die Bestätigung hat er aber selbst geschrieben und die Unterschrift des Kreissekretärs gefälscht. Da anzunehmen ist, daß sich Vertes ähnlicher Methoden auch anderswo bedient, sei vor ihm gewarnt. Es handelt sich zweifellos um einen Abenteurer oder Schwindler.

Kohle für Arbeitslose billig verfrachtet. Im Sinne des Regierungsbeschlusses vom 19. Oktober 1935 bewilligte das Eisenbahnministerium für die Verfrachtung von 7500 Tonnen Braunkohle und 3000 Tonnen Steinkohle, welche der Verband der Grubeneigentümer zur Hilfsaktion des Fürsorgeministeriums zugunsten der Arbeitslosen stiftete, eine 35prozentige Frachtermäßigung. 50 Prozent der Frachtgebühren hat die empfangende Gemeinde zu bezahlen und die restlichen 15 Prozent der Fracht wird das Ministerium für soziale Fürsorge decken.

Prager Motorradmesse im Frühjahr 1936. Der Verband der Händler und Gewerbetreibenden der Autobranche in der Tschechoslowakei entschloß sich auf Grund der früher gemachten Erfahrungen im Rahmen der Prager Frühjahrsmesse vom 8. bis 15. März eine eigene Motorradmesse durchzuführen, die nicht nur Motorräder, Auto- und Moto-Ausrüstungen und Bestandteile, sondern auch eingeführte Automobile umfassen soll. Als Anziehungspunkt dieser Veranstaltung sollen ferner zwei Ausstellungen dienen, von denen die eine Rennmaschinen, welche im Motor- oder Autosport Erfolge erzielten, und die andere die gesamte Fachpresse umfassen soll.

Todesopfer eines üblen Scherzes. In Debreczin wurde der 14jährige Gymnasiast Johann Somlyay das Opfer eines schlechten Scherzes. Somlyay hatte seine Kameraden zu sich geladen und traktierte sie mit Wein. Im Verlaufe des Gelages schütteten ihm seine Mitglieder in sein Glas in Wasser aufgelösten Paprika. Somlyay leerte ahnungslos sein Glas. Er brach bewußtlos zusammen und starb unter großen Qualen auf der Klinik. Das Verfahren wurde eingeleitet.

Von der Zeugen- auf die Anklagebank. In dem Prozesse gegen die Mitschuldigen Stawiskis wurde Mittwoch aus einem Zeugen ein neuer Angeklagter. Der ehemalige Direktor der Sozialversicherung, Tissot, der als Zeuge einvernommen wurde, gestand im Kreuzverhör der Verteidigung der Angeklagten und nach erfolgter Aussage zweier Angeklagter, daß er Beziehungen zu Stawiski und dessen Mitarbeitern hatte. Der Staatsanwalt erlangte die Ueberzeugung, daß ihm die Betrügereien Stawiskis nicht unbekannt gewesen seien und erhob augenblicklich gegen ihn die Anklage.

Eine Sohnesmörderin. Größtes Aufsehen erregt in Tokio die Ermordung des 25jährigen Studenten Mitsugi durch seine Mutter und seine 21jährige Schwester unter Beteiligung des Vaters, eines Arztes. Der Mord wurde verübt, um die hohe Lebensversicherung Mitsugis auszunützen.

Die 16 neuen Kardinäle. Gestern vormittags fand in der Peterskirche in Rom ein feierliches öffentliches Konsistorium statt, in welchem der Papst den 16 neuen Kardinälen die Kardinalshüte übergab. Es ist dies zum ersten Male in der Kirchengeschichte, daß das Konsistorium im Hauptschiff der Peterskirche abgehalten wurde.

Die Masaryk-Studentenstiftung. Das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur verteilt 400 freie Stipendiat-Plätze der Masaryk-Studentenstiftung im Betrage von je Kč 4000.— und Kč 8000.— jährlich an Hochschulhörer in der Tschechoslowakischen Republik. Näheres in den Kundmachungen, die in den Hochschulen ausgehängt sind.

Wildwest in Staab

Maskierte Einbrecher schlagen die Angestellten des Landwirtschaftlichen Lagerhauses nieder — 5000 Kronen entwendet — Räuber mit Auto

Mittwoch gegen sechs Uhr abends drangen maskierte Einbrecher in das Landwirtschaftliche Lagerhaus in Staab ein und schlugen die beiden Angestellten Jaklin und Rauch mit Holzhacken nieder. Dann machten sie sich über die Kassa her. Als es ihnen jedoch nicht gelang, die Kassa zu öffnen, holten sie einen der schwer verletzten Beamten herbei und nötigten ihn unter Androhung des Erschießens, die Kassa aufzusperren. Die Einbrecher entwendeten hierauf den Betrag von etwa Kč 5000.—, durchschnitten die Lichtleitungs- und Telephondrähte und sperrten das Gebäude ab. Den zurückbleibenden Beamten schärften sie ein, daß sie sich zehn Minuten nicht rühren dürften. Einem der Beamten gelang es aber, über die Getreiderutsche ins Freie zu kommen und nach Hilfe zu rufen. Inzwischen waren allerdings die maskierten Räuber mit einem Auto davongefahren. Um halb 9 Uhr abends langte die Fahndungsabteilung der Gendarmerie aus Pilsen am Tatorte ein. Die verletzten Beamten wurden in das Sanatorium des MUDr. Linhart nach Hradzen überführt.

Kugelwechsel zwischen Verbrecher und Polizisten

Der Weg eines Berufsverbrechers

Am letzten Freitag beobachtete der Gemeindewachmann Genosse Stein aus Wenussen, daß gegen ihn auf der Staatsstraße ein Mann mit einem Rad fährt. Der Radfahrer erregte sofort sein Mißtrauen, das nur verstärkt wurde, als er plötzlich in die Straße gegen Tuschkau einbog. Daher entschloß sich der Wachmann Stein, die Verfolgung des Verdächtigen aufzunehmen. Zufällig stand das Auto des Fleischers Čada aus Pilsen an der Straßenkreuzung und der Eigentümer willigte auch ein, den Wachmann bei der Verfolgung des verdächtigen Radfahrers zu unterstützen. Sie fuhren dem Manne bis über Tuschkau hinaus nach. Da sprang dieser plötzlich vom Rad, ließ dieses liegen und verbarg sich im Waldesdickicht. Genosse Stein und der Fleischer Čada machten sich nun daran, den Mann im Walde ausfindig zu machen.

Da krachten ihnen aber mehrere Schüsse entgegen, die der Verfolgte aus dem Dickicht heraus abgab. Auch der Wachmann feuerte einige Schüsse ab, doch erwiesen sie sich als zwecklos, da der Verdächtige im Dickicht unmöglich festzustellen war.

Er hielt sich aber in Tuschkau auf. Noch am gleichen Abend wurde der Gendarmerie in Tuschkau gemeldet, daß auf dem Kosoluper Bahnhof ein Rad gestohlen wurde. Als Dieb wurde der 25jährige Berufsverbrecher Josef Prokl angegeben. Durch die Nachforschungen wurde sichergestellt, daß Prokl in Pilsen eine Wohnung habe. Allerdings war er polizeilich nicht gemeldet. Aus Pilsen ist er nämlich ausgewiesen. Das hinderte die Gendarmerie und Polizei jedoch nicht daran, in der Wohnung des Prokl eine Hausdurchsuchung durchzuführen. Hiebei wurden zahlreiche Gegenstände aus Diebstählen in Trampshütten und ein ganzer Vorrat scharfer Patronen gefunden. Sonntag abends konnte der Wachmann Stein feststellen, daß die Spur des Prokl in das Gasthaus „u Baťků" führt. Von hier ging dieser allerdings bald fort, doch konnte auch sein neuer Aufenthaltsort ausfindig gemacht werden. Hier wurde Prokl schließlich verhaftet. Er hatte 350 Kronen bei sich, welche aus dem Fahrraddiebstahl in Kosolup herrührten; außerdem hatte er ein anderes Rad schon wieder in Nürschan entwendet. Prokl hatte erst wenige Tage vorher die Haft des Kreisgerichtes in Pilsen verlassen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Samstag:

Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Presse, 12.10: Schallplatten-Ouvertüren, 13.40: Chansons, 15: Schallplatten: Mozart, 16.05: Konzert, 17.55: Deutsche Sendung: Deutsche Weihnachtslieder, 18.45: Deutsche Presse, 22.15: Tanz. Sender 3: 7.30: Leichte Musik, 14.10: Deutsche Sendung: Heimische Lyriker, 18.45: Opernarien. — **Brünn** 15: Schallplattenkonzert, 17.40: Deutsche Sendung: Winter und Weihnacht. — **Mährisch-Ostrau** 18: Leichte Musik.

260 außerordentliche Züge

der Prager Staatsbahndirektion

Die Staatsbahn-Direktion Prag gibt bekannt: Vom 21. Dezember d. J. bis 2. Jänner 1936 werden auf den Eisenbahnlinien im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag 260 außerordentliche Schnell- und Personenzüge eingereiht werden. Die regulären Schnell- und Personenzugs-Garnituren werden in außerordentlicher Weise um 950 Waggons vergrößert werden.

Einkommensteuer

muß bis Ende Jänner einbekannt werden.

Das Bekenntnis zur Einkommensteuer, zur allgemeinen Erwerbsteuer für das Steuerjahr 1935 ist gemäß § 307 d. G. betr. die dir. Steuern und der Reg. Vdg. vom 22. November 1935, Z. 215 Slg. d. G. u. Vdg. bei der nach dem Wohnorte (Sitze) des Steuerträgers zuständigen Steueradministration in der Zeit bis Ende Jänner 1936 einzubringen.

Das Bekenntnis zur Einkommensteuer ist einzubringen verpflichtet, wer im Jahre 1935 ein steuerpflichtiges Einkommen (zusammen mit dem Einkommen der Gattin oder Lebensgefährtin und der minderjährigen Kinder) von mehr als 7000 Kč hatte.

Die Empfänger von Dienstbezügen, denen die Einkommensteuer ordnungsgemäß im Sinne der §§ 30 und 31 abgezogen oder von der Steueradministration gemäß § 33, Abs. 1 und 2 des Gesetzes bemessen wurde und die (einschl. dem Einkommen der Familienangehörigen) kein anderweitiges Einkommen über 500 Kč haben, sind von der Verpflichtung, ein Bekenntnis einzubringen, befreit, außer sie würden hiezu besonders aufgefordert werden.

Diesen Empfängern steht das Recht zu, die ordentliche Bemessung der Steuer nach den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes über die direkten Steuern zu verlangen. Ein solches (stempelfreies) Gesuch, dem ein ordnungsgemäß ausgefülltes Bekenntnis beizuschließen ist (§ 32, Abs. 5, des zit. Ges.), ist längstens bis Ende März 1936 einzubringen. Die bloße Ueberreichung des Bekenntnisses ohne Gesuch würden aber die Steueradministrationen nicht als ein solches Gesuch betrachten und würden dasselbe nicht nach § 32, Abs. 5, sondern nur im Sinne des § 32, Abs. 4, des zit. Ges. in Verhandlung nehmen.

Alle Einkünfte, Gewinne oder Bezüge werden für das Jahr 1935 in der Höhe, die sie im Jahre 1935 tatsächlich erreicht haben, einbekannt.

Das Bekenntnis darf nur auf den amtlichen Druckorten eingebracht werden. Diese werden nicht kostenlos ausgegeben werden und die Steueradministrationen werden überhaupt keine zur Verfügung haben.

Demjenigen, der das vorgeschriebene Bekenntnis innerhalb der angeführten Fristen nicht einbringt, kann die Steuer von Amtswegen ohne seine weitere Mitwirkung auch den vorliegenden Behelfen bemessen werden, ohne daß er vorher zur Abgabe des Bekenntnisses aufgefordert werden müßte (§ 309, Abs. 1 d. G.). Außerdem kann er gemäß §§ 185 ff. d. G. bestraft werden; ebenso derjenige, welcher im Bekenntnisse unrichtige Angaben macht.

Zu 260 Jahren Zuchthaus verurteilt

New York. Die „weiße Tigerin", die Königin der Gangster von New York, Eleonora Jarmouth, ist vor einiger Zeit zu nicht weniger als 260 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie hat jetzt ein Gesuch eingereicht, daß ihr die Strafe verkürzt werden sollte. Man wird sich darüber wundern, denn schließlich 100 oder 260 Jahre Zuchthaus müßten doch das gleiche sein; man erlebt ihr Ende sowieso nicht. Aber das ist ganz und gar nicht so. Denn nach dem amerikanischen Gesetz hat jeder Verbrecher bei guter Führung das Recht, seine bedingte Freilassung zu verlangen, wenn er ein Drittel seiner Strafe abgesessen hat. Darum lächeln die Gangster mitleidig über die Richter, die sie nur zu 20 Jahren verurteilen, weil sie dann große Chancen haben, bereits nach sieben Jahren wieder herauszukommen, was entschieden weniger ist als der elektrische Stuhl. Eleonora Jarmouth hatte mit 260 Jahren keinerlei Chancen mehr; denn selbst das Ende eines Drittels hätte sie nicht mehr erlebt. Wäre ihr die Strafe auf 100 Jahre verkürzt worden, so hätte die noch nicht 30jährige Frau damit rechnen können, wenigstens mit 60 Jahren herauszukommen. Aber das Gesuch ist abschlägig beschieden worden.

Der polnische „Goldmacher" Ing. Dunikowski ist, aus San Remo kommend, mit seiner Familie in Brüssel eingetroffen und beabsichtigt, neue Versuche zur Erzeugung von Gold in größerem Maßstabe aufzunehmen.

Sorgen der griechischen Offiziere. Die griechischen Offiziere sandten an den Kriegsminister, an den Marineminister und an den Minister für Flugwesen eine Eingabe, in der sie die Aufhebung des Gesetzes fordern, demzufolge die Offiziere keine Duelle annehmen dürfen. Die griechischen Offiziere ersuchen, die Wiedereinführung des Duells zuzulassen, denn derzeit könnten viele Offiziere keine Satisfaktion erreichen, so daß einige Offiziere sogar Selbstmord verübten, weil sie die ihnen angetane Schande nicht sühnen konnten. Zum Schluß wird in der Eingabe gefordert, daß Duells nur Offizieren, Politikern und Journalisten gestattet sein dürfen . . . Also schon stellen sich, ehe der König noch recht warm geworden ist, wieder die alten Auswüchse des Feudalismus in Griechenland ein!

Die Bretter raus, der Schnee ist da . . .

1. Feber 1936

Obwohl in den Tälern der Eger, der Miesa und der Elbe noch nicht viel vom Schnee zu sehen ist, im oberen Erzgebirge, auf den Kämmen des Riesengebirges, in den hohen Bergen des Böhmerwaldes fahren aber unsere Arbeiterwintersportler schon fleißig über die Hänge. In wenigen Tagen wird jedoch auch das tiefere Land vom „Schneefieber" erfaßt sein. Durch die Herabsetzung der Wintersport-Unfallversicherung von 7 auf 3 Kč wird sich die Zahl der versicherten Arbeiterwintersportler in diesem Winter um das Zehnfache vermehren. Heute sind schon im 6. Kreis mehr Wintersportler versichert als im ganzen Winter des Vorjahres. Die Wintersportversicherung muß sofort abgeschlossen werden. Alle Atus-Vereine haben die Meldelisten erhalten; um 3 Kč können sich alle Mitglieder des Atus gegen Wintersportunfälle versichern lassen. Wettkämpfer zahlen mit der Zusatzversicherung 7.50 Kč, die Leistungen sehen ein Taggeld von 5 Kč, weiter hohe Beträge bei Todesfall und bleibender Invalidität vor.

In wenigen Tagen wird der erste Start erfolgen. Der 6. Kreis wird am 1. Jänner sein „Neujahrstreffen" in Bärringen durchführen. Als Vorprobe für das Bundeswintersportfest, welches bekanntlich am 1. und 2. Feber in St. Joachimsthal stattfindet, wird am 1. Jänner in Bärringen am Vormittag ein Slalomlauf für Sportler und Sportlerinnen durchgeführt. Nachmittags findet das Eröffnungsspringen auf der „Roten Schanze" statt. Der Schanzenrekord beträgt derzeit 46 Meter, der Springerrekord 43 Springer bei einer Veranstaltung. Das letzte Springen am 17. März 1935 in Bärringen erfolgte als Bezirksmannschaftskampf 1. gegen 3. Bezirk mit je zwölf Springern. Ueberlegen konnte der 1. Bezirk (Karlsbad-Neudek) gegen den 3. Bezirk (Graslitz) gewinnen. Doch machte sich schon damals ein starker Jugendnachwuchs aus dem Graslitzer Bezirk bemerkbar.

Der Jänner ist der große Aufmarschmonat für die Wintersportler des Atus. In Mähren, im Riesengebirge, in Nordböhmen und im Erzgebirge finden Sonntag für Sonntag die Bezirkswintersportfeste statt. Von den zehn Bezirken des 5. Kreises werden sechs oder sieben Bezirke Bezirkstreffen durchführen; diese Bezirke haben bereits ihre Bezirksmannschaften für das Bundeswintersportfest nominiert. Im 6. Kreis werden alle Bezirke den Monat Jänner für die Vorbereitung ihrer Wettkämpfer verwenden. Ein Bezirkswintersportfest am 12. Jänner in Neuhammer des 1. Bezirkes eröffnet den Reigen, es folgen das Bezirkswintersportfest des 3. Bezirkes am 19. Jänner in Graslitz und des 5. Bezirkes am 26. Jänner in Grün bei Falkenau. Der 2. Bezirk sieht ebenfalls Treffen der Wintersportler im Asch er und im Egerer Gebiet vor. Die Gruppe Tachau des 4. Bezirkes will ihre Wintersportler nicht nur nach Joachimsthal bringen, sondern vorher in das Kaiserwaldgebiet nach Perlsberg zum Ueben führen. Auch der Böhmerwald ist lebendig geworden, es liegen bereits Wintersportmeldungen von Neuern und Metzling vor; sonach wird auch das Eisensteiner Gebiet vom Arbeiterwintersport erfaßt und durchdrungen.

Das Bundeswintersportfest in St. Joachimsthal verspricht eine ganz große Veranstaltung zu werden. Ihre Teilnahme haben ungarische und schweizerische Arbeitersportler versprochen, aber auch die tschechischen Arbeiterturner rüsten fleißig. Eine prächtige Festschrift liegt bereits vor; eine besondere Ueberraschung wird aber auch das schöne Festabzeichen sein, welches den Pauschalkartenbeziehern mit der Festschrift vorher zugeschickt wird. Die Fragebogen für das Bundeswintersportfest mit der Festeinladung werden diese Woche ausgeschickt . . .

Und nun: die Bretter raus, der Schnee ist da!

Eine unglückselige Wette. Der Arbeiter Gorin aus Vallons (Frankreich) betrat mit einigen Freunden nach der Arbeit eine Wirtschaft. Man war in fröhlicher Stimmung und da Gorin Hunger hatte, bestellte er sich Würstchen und behauptete, sechs Paar hintereinander aufessen zu können. Wie immer in solchen Fällen war bald eine Wette geschlossen. Er verpflichtete sich, die sechs Paar Würstchen hintereinander in einer Minute aufzuessen. Tatsächlich unterbot er noch diese Rekordzeit und verschlang die Würstchen in 50 Sekunden. Aber unmittelbar darauf fühlte er sich unwohl, und noch auf dem Wege zum Hospital verstarb er an den Folgen dieser Unbesonnenheit.

Verlängerter Telephondienst in Spitzberg und Eisenstein. Um den Bedürfnissen der Skifahrer und Touristen entgegenzukommen, hat sich die Postverwaltung entschlossen, in der Wintersaison 1935/36 bei den Postämtern in Spitzberg und Eisenstein den verlängerten Dienst im Telephonbetriebe einzuführen. In der Zeit vom 21. Dezember 1935 bis 6. Jänner 1936 wird bei diesen Aemtern ununterbrochen von 8 Uhr bis 21 Uhr der Telephondienst gehalten werden. An den weiteren Sonn- und Feiertagen wird, solange in der Umgebung von Spitzberg und Eisenstein die Schneeverhältnisse günstig sind, ab 12. Jänner 1936 bei den genannten Aemtern ununterbrochener Telephondienst von 9 Uhr bis 19 Uhr angeordnet.

Bei einem Rennen in Sidney kam es vor kurzem zu einem beim Turf noch nie dagewesenen Zwischenfall. Ein Pferd, das als Favorit galt, hatte einige Male fehlgestartet, so daß es der Starter endlich disqualifizierte. Das Publikum, das gerade auf dieses Pferd hoch gesetzt hatte, protestierte, die Menge überflutete die Bahn und bedrohte den Starter. Dieser riß einen Revolver aus der Tasche und drohte jeden niederzuschießen, der nicht sofort die Bahn freigeben würde. Er hielt tatsächlich viele Hunderte in Schach, und die Sache endete mit Verhaftungen und damit, daß das Rennen abgesagt wurde.

Der Racheschwur des Zuchthäuslers

Brüssel. Die gesamte belgische Polizei sucht fieberhaft nach dem aus dem Zuchthaus von Tournay entsprungenen, zum Tode verurteilten Mörder Herregodt. Es bleibt zunächst unklar, wie der Ausbruch bewerkstelligt worden ist, und alles läßt darauf schließen, daß Herregodt Komplicen außerhalb des Zuchthauses gehabt haben muß. Aber die größte Besorgnis geht in andere Richtung. Herregodt hatte nämlich geschworen, daß, wenn ihm die Flucht gelänge, er seine Frau, die ihn verraten hat, und den Richter Mauroy, der ihn zum Tode verurteilt hat, ermorden würde. Die Frau wird darum seit der Kunde von seinem Ausbruch sorgfältig bewacht, und auch die Villa des Richters ist ständig von einem Kordon von Polizisten umgeben. Sollte Herregodt nicht über die nahe französische Grenze geflüchtet sein, so ist trotz aller Vorsichtsmaßnahmen immer noch zu befürchten, daß er seine Drohung wahrmacht.

Herregodts wurde Dienstag im französisch-belgischen Grenzbahnhof Mouscron von einem Reisenden nach einer Photographie erkannt, als der Reisende die Polizei auf den Flüchtling aufmerksam machen wollte, warf dieser ihn zu Boden und flüchtete. Die Polizei fahndete in den Hotels der ganzen Umgebung vergeblich nach ihm.

Sudetendeutsche Volksgemeinschaft

— Wir haben schon zwei Tage nichts gegessen . . .
— Na, die Tage sind ja jetzt kurz . . .

So sieht ihre „Zivilisation" aus

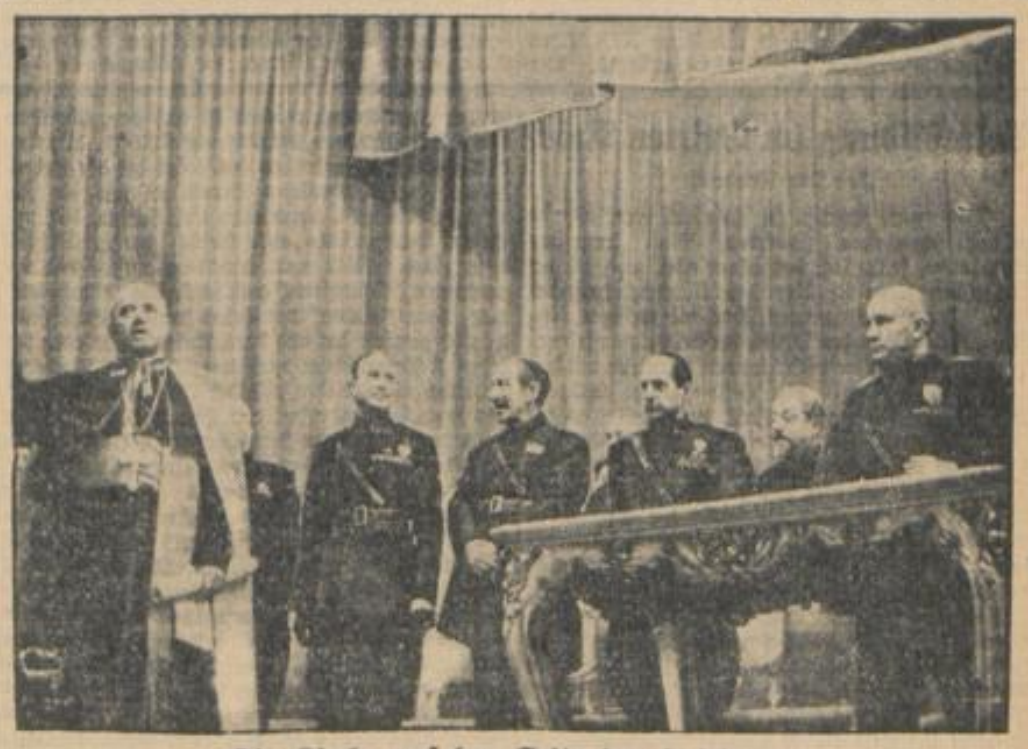
Aus der italienischen Kolonie Eritrea

(P.S.) Das internationale Arbeitsamt veröffentlicht einige interessante Arbeitsverordnungen der italienischen Kolonialverwaltung von Eritrea. Es handelt sich dabei um Dokumente, die in aufschlußreichster Weise die Ausbeutung der eingeborenen Arbeitskräfte beleuchten. Man hat eine Reihe von Maximallöhnen festgesetzt, die für eingeborene nicht über 15 Lire betragen; die Sätze sind gestaffelt, je nach Art der Arbeit und nach den verschiedenen Gegenden des Landes. Für die Arbeit von Kindern sind Tageslöhne von 1,50 bis 2 Lire angesetzt. Die erwachsenen einheimischen Arbeiter erhalten im allgemeinen nicht mehr als 2.50 bis 3.50 Lire. Was die Kinderarbeit betrifft, so gibt es keinerlei Schutzgesetze — die Kinder sind dem Zwang der Arbeitgeber vollkommen ausgeliefert. Vor allem gibt es keinerlei Begrenzung des Arbeitstages.

Vor einigen Wochen schrieb das römische Blatt „Critica fascista" folgendes: „Abessinien ist ein Land von ungeheurem Reichtum, nicht nur an Rohstoffen, sondern auch an nicht ausgewerteten landwirtschaftlichen Resourcen; die Eigentümer lassen alles unausgenützt, wir aber werden diese Quellen ausschöpfen, und die Eingeborenen werden die ersten sein, die daraus Nutzen ziehen". Das Beispiel von Eritrea zeigt, welcher Art dieser vorgebliche Nutzen ist. Die Abessinier werden, wenn der Krieg zugunsten des Fascismus auslaufen sollte, in dieselbe Sklaverei übergeführt werden, für die heute schon die Kolonie Eritrea ein so anschauliches Beispiel bietet.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Früher nannte man es Influenza, aber die Zeiten haben sich geändert und auch die Influenza ist „mit der Zeit gegangen" und hat sich zur bösartigen Grippe ausgewachsen! Um so mehr muß ihr — und rechtzeitig! — begegnet werden: der Alpa-Franzbranntwein, tropfenweise dem Gurgelwasser zugesetzt, desinfiziert die Mundhöhle und Atmungswege, und zu regelmäßigen Einreibungen benutzt, belebt und stärkt er den Körper! Fragen Sie Ihren Arzt!



Die Kirche auf der Seite des Fascismus

In der Sanktionsabwehr bringen die italienischen Geistlichen ihre goldenen Ketten und goldenen Kreuze dem Staate zum Opfer, wie es dieser Bischof hier mit einer Ansprache im Beisein des Duce (ganz rechts) tut.

Prager Zeitung

Unsere sozialistischen Akademiker an Beneš. Die Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker hat an den Präsidenten Dr. Beneš ein Glückwunsch-Telegramm gerichtet, an dessen Schlusse es heißt: Die deutsche sozialistische Studentenschaft der Tschechoslowakischen Republik wird wie bisher mit allen ihren Kräften dazu beitragen, die Ideale, aus denen unser Staat geboren ist, der Verwirklichung näherzubringen. Sie baut darauf, in Ihnen, Herr Präsident, dabei einen Förderer zu finden.

Der Präsident der Republik, Dr. E. Beneš, wird Freitag, den 20. d. M., um 15 Uhr unter Teilnahme des Ministers für nationale Verteidigung Machník und der Repräsentanten der Armee einen Kranz auf dem Grabe des Unbekannten Soldaten im Altstädter Rathaus niederlegen.

Opfer der Not. „Gestohlene Weihnachtsbäume zu verkaufen." Mit dem Ausruf näherten sich vorgestern abends zwei unbekannte Männer mittleren Alters einer Holleschowitzer Christbaumverkäuferin an der Ecke Belcredistraße—Steinmetzgasse und boten ihr einen Packen Weihnachtsbäume zum Verkauf an. Als sie ablehnte und die beiden fortschicken wollte, ergriffen diese kurzerhand einen zweirädrigen Karren, der der Frau gehörte, luden ihre Weihnachtsbäume auf und fuhren davon. Die resolute Verkäuferin setzte ihnen nach, holte sie tatsächlich ein und nahm ihnen den Karren ab; den Dieben selbst aber gelang es, zu entkommen. Die sofort verständigte Polizei nahm die Suche auf und entdeckte die beiden in einem Holleschowitzer Wirtshaus, vor dem sie die Bäume abgelagert hatten. Der eine von ihnen, der 36jährige arbeits- und wohnungslose Ant. Dvořák, ließ sich widerstandslos abführen, der 29jährige, ebenfalls arbeits- und wohnungslose Karl Dragoun jedoch setzte sich zur Wehr, wurde nach kurzem Kampf überwältigt und ebenfalls auf die Wachstube gebracht.

„Achtung, Gas!" und vier andere Selbstmorde. Als der städtische Angestellte Karl Pášek aus Wrschowitz vorgestern abends in seine Wohnung kam, bemerkte er einen starken Gasgeruch und sah ein Schild mit dem Aufschrift: „Achtung, Gas!" an der Küchentür hängen. Da diese versperrt war, mußte er die Glasscheibe der Tür einschlagen, um eindringen zu können. In der Küche fand er seinen Untermieter, den 23jährigen Studenten Alois Pšenička tot am Boden liegen. Die Leiche wurde ins Institut für gerichtliche Medizin gebracht. Das Motiv der Tat ist unbekannt. — Gestern mittags tötete sich die 22jährige ehemalige Hausgehilfin Božena Winter aus Prag-Weinberge in der Wohnung ihres Onkels in Smichow durch einen Schuß aus einer Repetierpistole ins Herz. Das Motiv der Tat ist unbekannt. — Gestern kurz vor Mittag sprang die 27jährige Arbeiterin Franziska Velíka aus Hloubětín in den Hloubětiner Mühlteich und konnte nurmehr als Leiche geborgen werden. Das Motiv der Tat ist Krankheit. Die Leiche wurde ins Institut für gerichtliche Medizin gebracht. — Vorgestern abends trank die 40jährige Marie Fiel, Gattin eines Instrumentenmachers, in ihrer Wohnung in Lieben ein unbekanntes Gift. Im Krankenhaus auf der Bulovka gab sie zerrüttete Familienverhältnisse als Motiv ihrer Tat an. — Zur gleichen Zeit wurde die 21jährige Zdeňka Letil aus Žižkov, die kurz vorher aus dem Fenster des zweiten Stockes in selbstmörderischer Absicht in den Hof gesprungen war und sich den rechten Arm gebrochen hatte, auf die Klinik Jirásek gebracht.

Die Ferse abgerissen. Das Opfer eines merkwürdigen Unfalls wurde vorgestern abends um 8 Uhr der 19jährige arbeitslose Zahntechniker Karl Lippert aus Prag XII, den der 18jährige, ebenfalls arbeitslose Handlungsgehilfe Karl Fleischner aus Karolinental auf seinem Motorrad mitgenommen hatte. Er benahm sich während der Fahrt so ungeschickt, daß er sich mit der Ferse im hinteren Rade verfing, wobei er sieben Drähte aus dem Rad riß und ihm selbst die Ferse abgerissen wurde. Er wurde auf die Klinik Jirásek gebracht.

Die Regulierung von Holleschowitz. Ab 21. Dezember 1933 wird die Staatliche Regulierungskommission für die Dauer von vier Wochen, d. i. bis einschließlich 17. Jänner 1936, einen Regulierungsentwurf für den Gebietsteil Prag VII (Holleschowitz) östlich von der Bělského třída und nördlich von der Staatsbahn Prag—Eger mit den angrenzenden Teilen von Prag VIII (Lieben) und Prag XIX (Bubeneč) zur öffentlichen Einsichtnahme auflegen. Der Entwurf wird in der Kanzlei der Staatlichen Regulierungskommission in Prag I, Nová radnice, 3. Stock zur Einsichtnahme aufliegen.

Kunst und Wissen

Prager Konzertsaal

Auch in den Tagen vor Weihnachten war in Prag an Konzerten kein Mangel. Was ebenso den Mut wie die Unerfahrenheit der Konzertgeber beweisen könnte. Dabei ist gerade in diesen konzertungünstigen Vorweihnachtstagen ein Fall ungerechtfertigter öffentlicher Konzerttätigkeit festzustellen gewesen. Grace Macbride, die amerikanische Geigerin, die sich zum erstenmal in den Prager Konzertsälen vorstellte, ist keine Instrumentalistin, deren Spiel so reif wäre, den Titel „Kunst" in Anspruch nehmen zu dürfen. Denn sie beherrscht nicht einmal die Technik des Geigenspieles so vollkommen, wie es ein öffentliches Konzertauftreten erfordert, und hat in allgemein musikalischer Hinsicht noch einen weiten Weg zum Ziele wirklicher Künstlerschaft. Was nützte ihr eine Suite von Joh. Seb. Bach im Programm, wenn sie ihr stilistisch und geistig alles schuldig bleiben mußte, was ein Konzert von Glasunoff, wenn sie ihm technisch nicht gewachsen war? Daß sie sich mit ihrem routinierten Klavierbegleiter, dem Wiener Professor Otto Schulhof, nicht verständigen konnte, ist wohl auch auf das Konto technischer Unzulänglichkeit der Geigerin zu setzen. Um so merkwürdiger mutete es bei der Zweifelhaftigkeit der Kunst dieser Geigerin an, daß sie der überwiegenden Mehrheit des Publikums gefiel und durch Beifall ausgezeichnet wurde. — Auffallend groß ist die Zahl der Pianisten, die in der heurigen Konzertsaison den Weg zu uns finden. In knappen vierzehn Tagen lernte man drei neue Meister der Taste kennen: Richard Glas, einen in Technik und Anschlag beachtlichen Künstler, Georg Pinkas, einen fünfzehnjährigen, halb als Wunderkind, halb als reifen Konzertkünstler zu wertenden Pianisten, und Bernard Kaff, einen seiner Kunst ergebenen, technisch tüchtigen und auch geistig hochstehenden Pianisten, der schon in der Programmgestaltung seine ehrlichen Ziele erkennen ließ. — Daß wir gerade den interessantesten und vielleicht besten Klavierabend, jenen der Prager Pianistin Alice Herz-Sommer nicht hören konnten, bedauern wir lebhaft. Denn diese ehrgeizige und rastlos in ihrer Kunst lebende Künstlerin hatte ein Musterprogramm vorbereitet, in dessen erstem Teil die klassische und romantische Klaviermusik (Beethoven — Schumann) vertreten war, während der zweite Teil der modernen Klaviermusik (Roussel — Prokofieff — de Falla — Albeniz) gewidmet war. — Der letzte Abend zeitgenössischer Musik des Prager Deutschen Kammermusikvereins diente dem Liede und der Klaviermusik. Zur Aufführung gelangten Béla Bartóks „Dorfszenen" für Gesang, einige Gesangsstücke aus dem alpinen „Reisebuch" von Ernst Krenek, sechs Etüden für zwei Klaviere von Felix Petyrek, eine Klavier-Sonate von Alfredo Casella und eine Klavier-Suite des heimischen Komponisten Wilhelm Zeleb. Künstlerische Mittler des Programms waren die vortrefflichen Prager deutschen Pianisten Prof. Eugen Kalix von der Deutschen Musikakademie und Dr. Ernst Latzko sowie Frau Mali Trummer (Gesang). — Lebhafte Konzerttätigkeit hat in der diesjährigen Herbst-Konzertsaison das Prager Tschechische Staatskonservatorium entfaltet. Zunächst hatte dieses rührige Kunstinstitut zwei schöne und würdige Gedenkfeiern veranstaltet; eine für seinen verstorbenen Rektor Josef Suk (mit Werken nur dieses Meisters) und eine für die verstorbene Professorin Eminger (mit einer Aufführung des Requiems von Mozart). An öffentlichen Schülerkonzerten dieser führenden tschechischen höheren Musiklehranstalt wurden geboten: Drei der Gesang-, Violin-, Klavier- und anderer Instrumentalmusik gewidmete normale Schülerabende und zwei Abende der Meisterklassen für Violine und für Klavier. Eines der letztgenannten Schülerkonzerte interessierte durch die Mitwirkung zweier junger Klaviertalente, die bereits an der Prager Deutschen Musikakademie ihre ersten künstlerischen Erfolge hatten, der Pianistin Gerta Resek und des Pianisten Franz Holletschek. — Das Prager Staatskonservatorium war auch Hauptbeteiligter bei einem Konzerte der Prager Mozart-Gemeinde, dessen Ertrag für die Erhaltung der Villa „Bertramka", in der Mozart wohnte und wirkte, bestimmt war. Denn es hatte für diesen Anlaß nicht nur sein ausgezeichnet zusammengespieltes und mit echt jugendlichem Feuer musizierendes Zöglings-Orchester, sondern auch den Dirigenten in der Person des vielerfahrenen Professors Paul Dědeček zur Verfügung gestellt. Das Programm des Konzertes enthielt ausgewählte Werke von Mozart: eine Konzert-Arie, ein Divertimento, ein Flötenkonzert, das Vorspiel zur Oper „Mithridates, König des Pontus" und die Symphonie in G-dur. E. J.

Weihnachtsspielplan des Deutschen Theaters

Großes Haus

Montag, 8 Uhr, „Kasperle reist ins Märchenland", Weihnachtsschau mit Musik und Tanz in acht Akten. Hauptbilder: Schneewittchen, Rotkäppchen, Frau Holle, Rumpelstilzchen, Aschenbrödel etc. Preise Kč 2.50 bis 20.—. Für zwei Kinder genügt ein Platz. Erwachsene können gegen Lösung einer Zuschlagskarte ein Kind mitnehmen! — Mittwoch, den 25. Dezember, halb 8 Uhr, „Anna sagt nein", Kč 2.50 bis 20.—. — Mittwoch, 7 Uhr, „Lohengrin" (B 1). — Donnerstag, halb 8 Uhr, „Die erste Legion". Kč 2.50 bis 20.—. — Donnerstag, 8 Uhr, zum erstenmal „Eine Nacht in Venedig", Operette von Johann Strauß (C 2).

Kleine Bühne

Mittwoch, den 25. Dezember, viertel 4 Uhr, „Der König mit dem Regenschirm". Kč 6.—, 12.—, 18.—. — Mittwoch, 8 Uhr, Welt-Uraufführung „Der andere Napoleon" (Napoleon Unique) von Paul Raynal, deutsch von Robert Blum. — Donnerstag, 3 Uhr, „Kameraden". Kč 6.—, 12.— 18.—. — Donnerstag, 8 Uhr, Erstaufführung „Wir werden beobachtet", Lustspiel von Adler und Frank.

Das Nationaltheater teilt mit, daß es zu Ehren des neuen Staatspräsidenten demnächst eine Festvorstellung veranstalten wird.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Freitag, halb 8 Uhr: „Macbeth", D 2. — Samstag halb 8: Servus, Servus! Abonnement aufgehoben.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Freitag, 8 Uhr: Kind im Kampf, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag 8 Uhr: Kameraden.

Aus der Partei

Bezirksorganisation Prag

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Zeitungsaktion am Samstag, dem 21. Dezember. Wir ersuchen alle Genossen und Genossinnen, die halbwegs Zeit haben, uns zu helfen. Wenn wir genügend Kräfte zur Verfügung haben, werden wir Samstag fertig. Ausgabe ab 2 Uhr im Parteiheim.

Die Bezirksvertretung.

Republikanische Wehr, Ortsgruppe Prag. Alle Mitglieder müssen sich an der Zeitungsaktion am Samstag, dem 21. Dezember, beteiligen. Ab 2 Uhr im Parteiheim.

Der Film

Die Wunder-Bar

Die Firma Warner Brothers, die einst mit dem Tonfilm vom singenden Narren groß wurde, lebt noch immer, was sie durch diesen Film von der Wunder-Bar beweist, in dem auch der Sänger des „Sonny Boy", Al Jolson, wieder in natura und als Neger geschminkt erscheint. Die Handlung ist dem Theaterstück von Farkas und Herczeg entnommen, das vor etwa sechs Jahren ein Ausstattungsschlager gewisser Berliner und Wiener Bühnen war, und das durch das damals hochaktuelle Lied „Wenn die Elisabeth nicht so schöne Beine hätt'" sozusagen berühmt wurde. Daß man im Film dieses kriminalistische Revuestück verändert hat, wäre kein Fehler gewesen, wenn man es besser gemacht hätte. Aber man hat nur den Song von der schönbeinigen Elisabeth durch einen Tanzschlager ersetzt, der den weitaus witzloseren Refrain hat: „Wenn der schöne Tanz vorbei ist, sagt du Gut' Nacht" und statt des Originalschlagers „Hier in der Wunderbar, da ist es wunderbar" singt Al Jolson ein Negerlied vom Esel, mit dem der Nigger gen Himmel reitet, was durch eine umfangreiche Revueszene vom Negerhimmel veranschaulicht wird, die, gelinde gesagt, nicht gerade von edlem Geschmack zeugt. Es ist nicht die einzige Revueszene dieses Films, der eher in einem Zirkus als in einer Bar zu spielen scheint und der, nachdem ein Mord aus Eifersucht und ein Selbstmord geschehen ist, nicht weiß, wie er eigentlich enden soll. Da auch die schöne Dolores del Rio eine Rolle hat, mit der nichts anzufangen war, ist das Ganze ein weniger als mittelmäßiger Unterhaltungsfilm. —eis—

E. Cesarskaja
in dem Sowjetfilm „Liebe und Haß".

Literatur

„Klapperzahns Wunderelf" von Eduard Baß (Verlag Dr. Rolf Passer, Wien). Das ist eine lustige Geschichte für Jungen, die Fußballfreunde sind, und das sind ja nicht wenige! Und es ist noch dazu eine Geschichte, die ein Landsmann geschrieben hat! Aus dem Tschechischen übersetzt wurde sie von Josef Kalmer und Marianne Wallner. Josef Čapek hat sie mit lustigen Zeichnungen geschmückt. Klapperzahn hat elf Söhne, und da er ein armer Häusler ist, seinen Söhnen also nichts mitgeben kann, und nicht recht weiß, was aus ihnen werden soll, macht er eine Fußballmannschaft aus ihnen! Es hat nie einen besseren Trainer gegeben als den alten Klapperzahn, denn von dem Augenblick an, da die Elf zum ersten Male öffentlich auftreten (oder sagt man sportlich: antreten?), sind sie unbesiegbar. Die tschechoslowakische Meisterschaft gewinnen sie mit 122:0, und dann folgen Siege in aller Welt, zuletzt, nach einem abenteuerlichen Schiffbruch, sogar ein siegreicher Kampf gegen eine Menschenfressermannschaft. Zwischen den Siegen und bei den Wettkämpfen gibt es mancherlei lustige Episoden, — das Buch Eduard Baß' wird also zweifellos den Jungen gefallen, und vielleicht auch manchem erwachsenen Fußballfreund. Ganz unmerklich aber, ganz unaufdringlich, wirkt es doch auch erzieherisch: die elf Söhne Klapperzahns zeigen, daß man an sich arbeiten muß, daß man beharrlich sein muß, wenn man ein Ziel erreichen will!

Josef Beránek: „Přednášky o pracovním právu". (Vorträge über Arbeitsrecht) Verlag der Zentrale der Revierbergräte, Prag 1935. Der Sekretär der Zentrale der Revierbergräte, Genosse Josef Beránek, einer der besten Kenner des Arbeitsrechtes, insbesondere des Rechtes der Bergarbeiter, hat eine Reihe von Vorträgen, die er in der letzten Zeit im Rundfunk gehalten hat, in Form einer Broschüre erscheinen lassen. Die Vorträge haben alle Vorzüge, die von den früheren Arbeiten Beráneks bekannt sind. Sie verbinden eine gemeinverständliche Darstellung mit strenger Wissenschaftlichkeit und Gründlichkeit. E. Sch.

Urania-Kino, Klimentská 4.
Fernsprecher 61623.
Der Zigeunerbaron

Hohe Tatra
Dr. Szontagh Sanatorium
Nový Smokovec, 1010 m
Indikationen: Erkrankungen der Lunge, Hilusprozesse, Erkrankungen des Kehlkopfes, tuberkulöse Erkrankungen der Gedärme, Knochen, Gelenke und anderer Organe
Die Lungenheilanstalt steht im Vertragsverhältnisse mit dem Heilfonde der Staatsangestellten, mit der Zentralversicherungsanstalt und allen Krankenkassen 3196

Volksbildung im Dritten Reich

Von Otto Friedrich

Das neue Statistische Jahrbuch Deutschlands ist recht schweigsam geworden. Man kann das allenthalben feststellen, vor allem aber auch in den statistischen Angaben über das Unterrichtsministerium. Immerhin genügen schon die wenigen konkreten Zahlen, um den Grund der Schweigsamkeit erkennen zu lassen: man fürchtet den Vergleich mit den früheren Zuständen! Ein Beispiel mag genügen: Im Oktober 1934 war die Zahl der Schüler gegenüber der Vergleichsziffer vom 15. Mai 1931 von 4 681.130 auf 5,006.029 gestiegen. Die Zahl der Schüler hatte sich also in diesem Zeitraum um 324.899 vermehrt, aber die Zahl der Schulen ist von 33.479 auf 32.833, also um 646 Schulen gesunken und die Zahl der Schulklassen hat sich von 117.959 auf 116.398, also um 1561 vermindert. Mit anderen Worten: Während der Bevölkerungszuwachs annähernd 2500 neue Schulen erfordert hätte, sind 646 eingegangen, es sind also in Preußen, für die allein diese Statistik gilt, über 3000 Schulen weniger als früher, d. h. es ist eine Schulabnahme um mehr als 10 Prozent festzustellen.

Daß der Besuch der Universitäten und Hochschulen eingeschränkt worden ist und eine Abnahme der Hörerziffer von 82.698 auf 76.961, also um 5731 Hörer stattgefunden hat, wäre bei der Ueberfüllung der akademischen Berufe an und für sich nicht zu bedauern, wenn man nicht wüßte, daß politische Beweggründe auch hiefür maßgeblich gewesen sind. Nicht nur, daß man außer den sogenannten „Nichtarierin" auch zahlreiche „Marxisten" und „Staatsfeinden" den Besuch der Hochschulen unmöglich gemacht hat und durch Aufrechterhaltung der hohen Kolleggebühren nach wie vor die ärmeren Schichten allen Reden von der „Volksgemeinschaft" und der „Verbundenheit von Hirn und Faust" zum Trotz den Zugang zu den höheren Bildungsstätten versperrt hat, hat man auch eine weitere Verschärfung des Bildungsmonopols im Parteisinne durchgeführt. Man hat das früher selbständig arbeitende „Deutsche Studentenwerk" in ein Reichsstudentenwerk umgewandelt und übt nunmehr das von jener sozialen Einrichtung geschaffene Stipendienwesen nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten aus. Das offizielle Organ der deutschen Studentenschaft „Der deutsche Student" brachte darüber Angaben, die für sich selbst sprechen. Von den zu Ende des Sommersemesters unterstützten 395 Studenten waren nämlich 276 in irgendeiner nationalsozialistischen allgemein politischen oder hochschulpolitischen Funktion beschäftigt. So waren 31 von ihnen SA-Führer und -Unterführer, 26 führende Mitarbeiter im nationalsozialistischen Studentenbund, 78 Studentenschaftsführer und Amtsleiter, 29 Führer in nationalsozialistischen Kameradschaftshäusern, 52 Leiter nationalsozialistischer Fachschaften, 13 Hitlerjugendführer, mehrere Funktionäre der SS, des Luftsportverbandes und schließlich noch 120 „Mitarbeiter der örtlichen Studentenwerke". Wenn zu früheren Zeiten eine gleiche Zahl politischer Funktionäre und gar solcher Funktionäre, die in der studentischen Verwaltung tätig waren, sich mit Stipendien hätten versorgen lassen, so hätte mit Recht die übrige Studentenschaft von einer maßlosen Korruption gesprochen. Heute aber nennt man das „eine planmäßige Auslese" und man ist stolz darauf, daß „sich die Angehörigen der Reichsförderung neben ihrer reinen Studienarbeit in der Führung nationalsozialistischer Gliederungen und in der Arbeit um die Neugestaltung der deutschen Hochschulen einsetzen".

Ist schon der Zaun um Wissen, den seit altersher das bürgerliche Bildungsmonopol aufgerichtet hat, hoch genug, um für den Mann aus dem Volke kaum übersteigbar zu sein, so wird jetzt noch darüber der Stacheldraht des nationalsozialistischen Parteimonopols gezogen.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken. — Die Zeitungsfrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis", Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.-G., Prag.